

**Zeitschrift:** Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)

**Herausgeber:** Verband der Studenten an der ETH Zürich VSETH ; Verband Studierender an der Uni VSU

**Band:** 50 (1972-1973)

**Heft:** 2

**Heft**

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 22.05.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# zürcher student

Offizielles Organ der Studentenschaften der Universität Zürich, der ETH Zürich und der Dolmetscherschule

Redaktion: Pierre Freimüller, Peter Hargitay,  
Rolf Nef, Thomas Rüst

Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Telefon 47 75 30  
Auflage 18 000

Druck und Versand:  
Tages-Anzeiger für Stadt und Kanton Zürich AG,  
Werderstrasse 21, 8021 Zürich, Telefon 39 30 30

Inserate:  
Dr. H. Dütsch, Bahnhofstrasse 37  
Postfach 880, 8022 Zürich, Telefon 23 83 83

## Zürichs U-Bahn und ihre Folgen

oder was die Magistraten geflissentlich verschweigen

Am Wochenende vom 3./4. Juni stimmt das Zürcher Volk über ein Regionalverkehrsgesetz ab, das unter anderem den Bau der U-Bahn-Linie Kloten-Dietlikon ermöglichen soll. Die Behörden von Stadt und Kanton Zürich haben bisher keine Gelegenheit versäumt, das Loblied dieser U-Bahn zu singen und ihre Vorteile aufzuzählen, als da etwa sind Schnelligkeit, keine Behinderung durch den Privatverkehr – oder auch: keine Behinderung des Privatverkehrs –, grosse Transportkapazität usw. Ueber ihre Begleitscheinungen oder

Von einigen dieser Begleitscheinungen und negativen Auswirkungen soll hier die Schreibe sein. Stichwortartig seien erwähnt:

- **Bodenpreissteigerung:** der durch die U-Bahn verursachte beträchtliche Mehrwert fliesst in private Taschen.
- **Verdrängung von Wohnbevölkerung:** Verlust von Wohnungen durch Abbruch, Zweckentfremdung und Nichtbau infolge gestiegener Bodenpreise.
- **Längere Fahrzeiten (!)** für die verdrängte Wohnbevölkerung.
- **Maulwurfeffekt:** der Trend, die Nichtautomobilisten unter den Boden zu bringen, wird gefördert.

Es geht nicht an, die Bevölkerung im unklaren darüber zu lassen, welche

Der Verfasser dieses Artikels war Mitglied einer Gruppe von Architekturstudenten an der ETH, die sich über ein Semester lang eingehend mit der Problematik der U-Bahn befasst hat.

tiefgreifenden Veränderungen in der Stadtstruktur der Bau einer solchen U-Bahn nach sich ziehen wird. Denn die betroffenen Quartiere werden sich sowohl baulich wie auch bevölkerungsmässig grundlegend verändern – kaum zu ihren Gunsten. Es geht nicht an, zu verschweigen, wer aus der U-Bahn Nutzen und Profit ziehen und wer das Nachsehen haben wird. Es ist unverantwortlich, bei der Planung eines solchen Mammutprojektes die für die Stadt zu erwartenden Folgen nicht so genau wie möglich zu untersuchen. Oder hat man dies getan, wagt sich aber mit den Ergebnissen nicht vor die Öffentlichkeit?

Zwar geht es am 3./4. Juni beim Regionalverkehrsgesetz noch nicht um den eigentlichen Bau der U-Bahn und auch nicht um die U-Bahn allein. Die Kritik ist aber längst fällig, und die Problematik betrifft grossenteils auch die übrigen geplanten regionalen Massverkehrsmittel.

Nicht dass ich etwa gegen leistungsfähige öffentliche Verkehrsmittel wäre. Im Gegenteil. Viel zu lange sind sie zugunsten eines schrankenlosen Individualverkehrs vernachlässigt worden. Doch kommt es darauf an, wie und wo sie gebaut werden und von welchen Massnahmen sie flankiert werden.

### Verdrängung der Wohnbevölkerung durch Geschäftsräume

Gemeinderätin Doris Morf hatte am 17. November 1971 den Stadtrat angefragt, wie viele Wohnungen im Bereich des geplanten U-Bahn-Astes verlorengehen würden (durch Nichtbau, Abbruch oder Zweckentfremdung). Der Stadtrat war nicht in der Lage oder nicht willens, darüber auch nur annähernd Auskunft zu geben. Dabei berief er sich auf ein Gutachten des ORL-Instituts der ETH, das die Frage nach den Bevölkerungsveränderungen umfassend untersucht habe. Dieses vierbändige Gutachten hat es tatsächlich in sich. Ursprünglich als Antwort auf eine Motion Lienhard (Forderung nach Erhaltung und Vermehrung des Wohnraums in der Stadt Zürich) gedacht, mündet es in nichts anderes als als

gar ihre negativen Auswirkungen aber schweigen sie tunlichst. Und fragt sie einmal ein kritisches Parlamentsmitglied von links her danach – wie kürzlich Doris Morf im Gemeinderat –, dann husten sie, werden verlegen, sprechen von Gutachten und um den Brei herum, wissen nichts oder erzählen wissenschaftlich fundierte Märchen. Nach einem Ausspruch von Stadtpräsident Sigi Widmer sei es eben heute für einen hohen Magistraten schwer, von einer wichtigen Sache nichts zu verstehen.

eine Rechtfertigung des Baus einer U-Bahn. Völlig ohne glaubhafte und wissenschaftliche Begründung, obwohl ein gutes Drittel des umfangreichen Gutachtens aus wissenschaftlichen Untersuchungsmodellen besteht. Es gibt seinerzeitige Mitarbeiter an diesem Bericht, die ihre Stelle beim ORL-Institut gekündigt haben, weil sie politisch beeinflusst wurden.

Das Gutachten sieht denn beispielsweise auch vor, dass ein 600 m breites Band entlang der ganzen Linienführung eine dichte Geschäftsbebauung erhalten soll (etwa 300 000 Arbeitsplätze). Wofür die U-Bahn dann überhaupt noch gut wäre, darüber schweigt das Gutachten. Die Bevölkerung wickelt sich nämlich nur selten über öffentliche Verkehrsmittel ab.

Die Zahlen, die der Stadtrat nicht kennen will, kann man sich aber auch zusammenreimen: das unglückliche Waldstadtdorf-Projekt ist noch in aller Erinnerung. Die 100 000 Einwohner, die der Stadtrat dort ansiedeln wollte, hätten nach seinen eigenen Aussagen die Bevölkerung der Stadt nicht vermehren, sondern nur konstanthalten sollen. Mit anderen Worten: die 100 000 würden irgendwo aus der übrigen Stadt verdrängt werden. Im Bereich der geplanten U-Bahn wohnen heute 95 000 Menschen...

Wie kommt es überhaupt zu dieser Wohnraumverdrängung? – Wohnen lässt sich zu tragbaren Mietzinsen nur dort, wo die Bodenpreise eine gewisse Grenze nicht übersteigen (etwa 300 Fr./qm). Der Einfluss des U-Bahn-Baus auf die Bodenpreisentwicklung sei nachstehend umrissen.

### Bodenpreissteigerung – wohin fliesst der Mehrwert?

In der Antwort auf die Interpellation Morf wollte der Stadtrat glaubhaft ma-



Schneller geht nur der Profit.

chen, der durch die U-Bahn verursachte Mehrwert liege zwischen 5 und 20 Prozent, und das nur im Umkreis von 50 m (!) vom Stationsausgang. Je eine Null mehr würde jeder dieser Zahlen wohl anstehen.

Vergleichende Untersuchungen mit ausländischen U-Bahn-Bauten (München, Frankfurt, Rotterdam usw.) weisen sogar in noch höhere Sphären. So sind in Frankfurt beispielsweise innerhalb von fünf Jahren die Bodenpreise in einem U-Bahn-Gebiet um 600 Prozent gestiegen gegenüber 200 Prozent in gleichwertigem Gebiet ausserhalb des U-Bahn-Bereichs (je 2 bis 3 km vom Zentrum entfernt). In Hamburg lauten entsprechende Zahlen auf 500 Prozent bzw. 100 Prozent. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Zürich eine der steilsten Bodenpreiskurven Europas aufweist.

Dass durch ein derartiges Ansteigen der Bodenpreise jeder Wohnungsbau verunmöglicht wird und die bestehenden Wohnungen langsam, aber sicher verdrängt werden, bedarf wohl keiner näheren Erläuterung.

Der so entstandene Mehrwert des Bodens – er wird von Facheuten auf 1 Milliarde Franken geschätzt, gleich viel also wie die gesamten Baukosten für die U-Bahn – fliesst nicht etwa wieder der Öffentlichkeit zu, die ihn ja finanziert hat, sondern in die Taschen der meist privaten Bodenbesitzer. Das ist nach den heutigen Gesetzen ebenso selbstverständlich wie die Tatsache, dass im umgekehrten Fall – Abwertung des Bodens durch öffentliche Eingriffe – wiederum der private Eigentümer den Differenzbetrag einsteckt. Zwar rufen die Sozialdemokraten nach einer Mehrwertabschöpfung durch den Staat, doch haben sich die bürgerlichen Parteien dieser Forderung bisher beharrlich widersetzen können.

Irreführend ist auch die Aussage des Stadtrates, dass sich die Bodenpreise noch nicht merklich verändert hätten. Schon früh setzte eine grosse Nachfrage nach Grundstücken an der zukünftigen U-Bahn-Linie ein. (Die SpekulantInnen haben gute Nasen!) Jede gesteigerte Nachfrage bewirkt aber sofort auch eine Preissteigerung – das ist unser vielgepriesener freier Bodenmarkt. Die gegenwärtige, vom Stadtrat selbst erwähnte Stagnation im Liegenschaftshandel ist zudem ein untrügliches Zeichen für beträchtliche Wertsteigerungen. Ferner lässt sich feststellen, dass grössere Wohnüberbauungen nur noch weiter als 3 km von der U-Bahn entfernt entstehen – ein zusätzlicher Indiz für bereits vorhandene Mehrwerte. Veräusschend ist weiter die Behauptung, dass die höchste Zuwachsrate im Erschliessungsgrad an den äusseren Streckenabschnitten zu erwarten sei, die geringste in der Innenstadt. Das Gegenteil ist der Fall. Die U-Bahn als radiale Verkehrsachse erhöht in erster Linie die Standortqualität im Zentrum, erst sekundär diejenige am Stadtrand. Dasselbe gilt übrigens für das Express-Ypsilon. Die grosse Nachfrage der Wirtschaft besteht nach zentralen Standorten. Altstetten, Kloten usw. werden trotz U-Bahn nicht zentral. Um so mehr aber Lagen wie Sihlfeld, Stauffacher, Central usw.

Die Verkehrsverstopfungen betreffen ja in erster Linie die Innenstadt. Durch U-Bahn und Ypsilon soll nun vor allem die verstopfte und dadurch schwer erreichbare Innenstadt besser erschlossen werden. Die ungesunde und für die

### »Es wurde Druck ausgeübt«

Kriegsforscher haben es in der Schweiz leichter als Friedensforscher. Auch in Zürich. Die Friedensforschung, die die Studenten wollen, kommt nicht. Die Militärgeschichte, die sie nicht wollen, kommt: Im Wintersemester 72/73 wird Oberst i. Gst Walter Schaufelberger aus Neerach, 46, Professor am kantonalen Literaturgymnasium Zürich und seit 1969 Redaktor der »Allgemeinen Schweizerischen Militärschrift«, seine Tätigkeit als Assistenzprofessor am Historischen Seminar der Uni Zürich aufnehmen. Schaufelberger, der schon seit Jahren an der Militärgeschichtlichen Abteilung der ETH liest, dissertierte 1952 bei Marcel Beck (»Der Alte Schweizer und sein Krieg, Studien zur Kriegsführung vornehmlich im 15. Jahrhundert«) und habilitierte sich im Sommer 69 für allgemeine und schweizerische Kriegsgeschichte (Habilitation). »Der Wettkampf in der Alten Eidgenossenschaft. Zur Kulturgeschichte des Sports vom 13. bis in das 18. Jahrhundert«.

Am 4. Mai beschloss die Historikerverammlung einstimmig und die drittelparteiliche Konferenz des Historischen Seminars mit 11 zu 10 Stimmen (ungefähr Studenten und Assistenten gegen Dozenten), bei den Ausbauwünschen zuhanden des Erziehungsdepartements keine Assistenzprofessur für Militärgeschichte aufzuführen. Doch die Berufung Schaufelbergers war bereits so gut wie sicher. Wie immer bei Berufungen gaben die Professoren der Philosophie-Fakultät am 8. Mai, abgeschirmt vor kritischen Studenten, ihr Ja zur Professur. Nach allen Usancen ist die Zustimmung des Regierungsrates sicher. Allenfalls könnten Sparmassnahmen zu einer Verzögerung führen.

»Es wurde Druck ausgeübt«, bestätigte Geschichtspräsident Rudolf von Albertini in der Seminarkonferenz vom 4. Mai auf eine studentische Frage zur Berufung Schaufelbergers. Gemeint war

ein Brief, den ein hoher Schweizer Offizier etwa vor einem Jahr an Professor Hans Conrad Peyer schickte, in der Absicht, die Berufung Schaufelbergers zu beschleunigen. Der Offizier hatte indes seine Rechnung ohne Peyer gemacht, der dem Druckversuch ein »So geht es nicht« entgegenstellte. Wenn der Brief etwas bewirkte, dann höchstens die Verzögerung der Berufung.

Landesvater Gnägi sorgt sich bekanntlich, Friedensforscher könnten die Bevölkerung verunsichern und die Bemühungen für die Landesverteidigung zerraden. Beim Militärgeschichtlichen Schaufelberger fallen solche Befürchtungen dahin, auch wenn er in seinem ersten Seminar die innenpolitischen Armeeeinsätze untersuchen lassen will. Schon im Vorwort seiner Diskussion bekannte er: »Destruktive Tendenzen liegen mir völlig fern. (...) Meine Liebe zu ihm (dem »Alten Schweizer«) und zu seinem Land ist unbeschränkt.«

Als ASMZ-Redaktor hatte Schaufelberger bereits 41 Nummern lang Gelegenheit, seine unbeschränkte Liebe leitartikelnd unter Beweis zu stellen. So wettete er, zum Teil zusammen mit seinem Mitredaktor, gegen den »roten Faschismus«, »den uns »offensiv« unbekannt bis unverfornen servierte, und bedauerte: »Allzu vieles ist in jüngster Zeit in Bewegung geraten, was noch unlänglich zur eisernen Ration der geistigen Landesverteidigung zu gehören schien.« Sein Njet zu einer gesetzlichen Lösung der Dienstverweigerung begründete der Kämpfer für »Mannszucht und Kampfegeist« so: »Soldat sein, zum Nennwert genommen, heisst Entschlossenheit zu töten und Bereitschaft zum Tode. (...) Bereitschaft und Hingabe des Soldaten sind ihrem Wesen nach durch nichts Ziviles abzugelten. (...) Eine echte Alternative zum Kriegsdienst gibt es somit nicht.«

Jürg Frischknecht

Verödung der Innenstadt verantwortliche Bodenpreisspitze der City wird durch U-Bahn und Ypsilon noch wesentlich verschärft werden.

### Schnelle U-Bahn – längere Fahrzeiten

Vor einiger Zeit wurden an verschiedenen Orten Plakate aufgestellt, welchen der abgasumfächelte Fussgänger

Bahn durchaus vergleichen liessen – das mit einem unvergleichlich geringeren Kostenaufwand. Allerdings geschähe dies auf Kosten des privaten Autoverkehrs, und der somit sich bei uns immer noch im Bewusstsein einer heiligen Kuh.

### Fussgänger – duck dich!

In fast allen westeuropäischen Städten zeichnet sich immer mehr die Tendenz ab, den Fussgänger – das Lebenselement der Stadt – unter den Boden zu schicken und den Platz an der Sonne den wirtschaftlich einträglicheren Autos zu überlassen.

Mit der U-Bahn werden auch noch die Pendler im öffentlichen Verkehrsmittel zu Stollenarbeitern. Wer das harmlos findet, der erlebe einmal in den Gängen und Tunneln der Pariser Metro den täglichen Arbeitsweg irgendeines Angestellten. Abgesehen davon, dass sich ein durchschnittlich begabter Mensch unter dem Erdboden nur mit Hilfsmitteln orientieren und orten kann, wie etwa Kompass, Wegweiser, Pfeile, farbige Lämpchen auf Strassenplänen usw.

Man möge ruhig auch ausrechnen, wie manches profitbringende Shop-Ville im Zusammenhang mit den U-

### Die U-Bahn-Weisung

des Zürcher Stadtrates ist auf der Stadthauszeile zu beziehen. Sie kostet allerdings die Kleinigkeit von 30 Fr., dank grosszügiger Ausstattung und prächtigen Plänen... Für den Durchschnittsbürger ist eine wesentlich gekürzte Fassung vorgesehen. (Er kann ja dann die »Mensch und Verkehr«-Inserate lesen.)

und der steckengebliebene Trambenutzer entnehmen konnten, dass man mit der U-Bahn beispielsweise vom Schaffhauserplatz in 5 Minuten zum Bahnhof gelangte, von Oerlikon aus in 12 Minuten usw.

Auf diesen Plakaten war aber nirgends zu lesen, dass man in einigen Jahren gar nicht mehr beim Schaffhauserplatz und in Oerlikon wohnen könne, sondern nach Kloten oder Effretikon oder Dielsdorf verdrängt sei, wo keine U-Bahn fährt.

Dazu der Stadtrat: »Berücksichtigt man, dass (...) die Beziehungen (vom Arbeitsplatz) zum Wohnort immer weiter werden, dann darf es nicht erstaunen, wenn ein ansehnlicher Teil aller Fahrten länger wird.« Heureka!

Im übrigen ist festzuhalten, dass in Zürich die Tramfahrzeiten durch die absolute Priorität des Trams (eigene Fahrspur, tramgesteuerte Signalanlagen usw.) derart verkürzt werden könnten, dass sie sich mit denjenigen der U-

### In dieser Nummer

|                                         |         |
|-----------------------------------------|---------|
| Wie steht es mit der Reform an der ETH? | Seite 3 |
| Der KSIR berichtet                      | Seite 5 |
| Kultur                                  | Seite 7 |
| Was heisst: Aktuelle Hochschule?        | Seite 9 |



Bahn-Stationen noch in den Boden hinunter wachsen würde.

## Wem nützt die U-Bahn?

Eine U-Bahn ist dann sinnvoll, wenn sie Wohngebiete hoher Dichte mit Arbeitsplätzen ebenfalls hoher Konzentration verbindet. Beide Voraussetzungen sind in Zürich nicht vorhanden – jedenfalls nicht in dem Masse, dass sich die Investitionen für ein so teures Verkehrsmittel lohnen würden.

Eine U-Bahn ist sinnvoll, wenn grosse Bevölkerungsteile ihre Arbeitsplätze schneller erreichen können. Durch den erwähnten Verdrängungsmechanismus wird aber dieser Vorteil für die meisten heutigen Bewohner des U-Bahn-Gebiets verlorengehen.

Damit stellt sich die Gretchenfrage:

## »Vergessenes« Versprechen

»Sie haben uns mit Zuschrift vom 5. Februar 1969 von einem Beschluss des Grossen Studentenrates vom 9. Dezember 1968 Kenntnis gegeben, wonach die Studentenschaft der Universität Zürich in dem Gremium vertreten sein möchte, das nach Abschluss des Vernehmlassungsverfahrens das Gesetz für die Universität Zürich ausarbeitet. (...) Wir erachten es als selbstverständlich, dass die Studentenschaft bei der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfes der Erziehungsdirektion in angemessener Weise zur Mitwirkung herangezogen wird. (...)«

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Direktor des Erziehungswesens  
Dr. W. König

Mit Datum vom 18. März 1969 gelangte dieser Brief der Erziehungsdirektion an den Präsidenten der Studentenschaft. Für uns ist dieser Brief ein sehr wichtiges Dokument. Er enthält nicht weniger als das Versprechen von höchster Stelle, dass die Studentenschaft – und also wohl auch die Assistentenschaft und die Dozenten, mit anderen Worten die gesamte Universität – bei der Ausarbeitung des endgültigen Gesetzesentwurfes mitwirken kann. Bis heute ist dieses Versprechen ein Versprechen geblieben. Freilich, inzwischen hat die Leitung der Erziehungsdirektion gewechselt. Solche von der hohen Warte

Wer ist denn überhaupt an dieser U-Bahn interessiert? Wer profitiert davon? Sicher einmal jene Kreise, die noch immer von der europäischen Wirtschaftsmetropole Zürich träumen. Sicher die Geschäfte der City, die mehr Umsatz erwarten. Sicher die Wirtschaftsunternehmungen der Innenstadt, die ihre Arbeitskräfte leichter und auch von weiter weg hereinholen können. Sicher die Bodenbesitzer im U-Bahn-Gebiet. Sicher jene Kräfte, die unsere Innenstadt entmischen und veröden lassen; denn der Verdrängungsperimeter für Wohnungen wird sich durch die U-Bahn vergrössern.

Eine Minderheit also. Und die Mehrheit, die gesamte Bevölkerung? Die ist gerade gut genug, den teuren Spass anderer zu bezahlen.

Beat Schweingruber

aus vielleicht nebensächliche Korrespondenz kann dabei allzufrüh den Weg aller Irdischen gehen und in Vergessenheit geraten. Freilich, seit 1969 hat sich die Situation gewandelt: Der damalige Anlauf zur Schaffung eines neuen Universitätsgesetzes wurde zu-

### Arbeitsvermittlungs-Schnellservice

zs. Bis anhin war es der Arbeitsvermittlungsstelle wegen des Anlagensystems nicht möglich, kurzfristige Arbeitsangebote zu vermitteln. Nun soll eine Schnellservicekartei aufgebaut werden. Studenten, die sich über eine gewisse Zeit für stunden- oder tageweise Arbeit zur Verfügung halten wollen, können sich eintragen (Tel. 34 58 63). Sie werden dann von der Arbeitsvermittlungsstelle aufgegeben werden.

gunsten der nunmehr im Sand verlaufenen Experimentierphase abgebrochen.

Nichtsdestoweniger aber behält das Versprechen von Alt-Regierungsrat König für die Universität seine eminente Bedeutung. Der zweite Anlauf zum Universitätsgesetz tritt ins Stadium der Vernehmlassung. Drei Experten – sämtliche Juristen – haben der Erziehungsdirektion einen Vorentwurf abgeliefert. Sie haben in aller Stille gearbeitet; von einer Beteiligung weiterer Kreise war nie die Rede. Schon dies dürfte kaum im Sinn des zitierten Dokumentes sein. Vor vollendete Tatsachen gestellt, bleibt der Universität nicht viel anderes übrig, als dies – wenn auch widerwillig – zu akzeptieren und gleichzeitig mit aller Deutlichkeit die Beteiligung an der Ausarbeitung des endgültigen Entwurfes zu fordern, der nach Abschluss des Vernehmlassungsverfahrens vor die Regierung, den Kantonsrat und schliesslich vors Volk kommen wird. Zügiges Vorgehen in Ehren, aber Zeitdruck, tatsächlicher oder vorgegebener, ist keine Entschuldigung, ein Versprechen nicht zu halten.

## Zu einer kantonalzürcherischen Volksinitiative

# Für ein Regionalverkehrsgesetz ohne private Bereicherung

Der Zürcher Kantonsrat hat im Laufe des vergangenen Winters das »Gesetz über die Förderung des Regionalverkehrs« beraten und verabschiedet. Am 4. Juni sollen nun die Stimmbürger über das Gesetz und die für das Gesetz notwendige Verfassungsänderung abstimmen; sie können aber nicht zu möglichen Alternativen Stellung nehmen.

Mit einer Volksinitiative will nun das »Initiativkomitee Regionalverkehrsgesetz« den Stimmbürger für ein Gesetz, das die zukünftige Entwicklung im Kanton und insbesondere in der Grossstadtregion Zürich wesentlich beeinflussen kann,

- eine Alternative aufzeigen,
- die Konsequenzen beider Vorschläge und insbesondere die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Zusammenhänge bewusstmachen
- und damit die Möglichkeit einer echten Auswahl bieten.

Die Initiative verlangt:

- die Aufgabe des Grundsatzes der Eigenwirtschaftlichkeit öffentlicher Verkehrsbetriebe, um eine Senkung oder Aufhebung der Taxen zu ermöglichen,
- die Abschöpfung von 90% des Mehrwertes von privaten Grundstücken, der durch Planung, Bau und Betrieb eines öffentlichen Verkehrsmittels entsteht,
- die Verwendung dieses Mehrwertes für die Planung, den Bau und Betrieb attraktiver öffentlicher Verkehrsmittel,
- ein verankertes Recht der Stimmbürger auf Initiative und Referendum bezüglich der Fragen des Regionalverkehrs.

Das »Regionalverkehrsgesetz zur Förderung des öffentlichen Verkehrs ohne private Bereicherung« soll mithelfen, die Bereicherung Einzelner auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung zu verhindern, das expansive Wachstum der Region Zürich einzudämmen und die Mitbestimmungsrechte zu garantieren.

Was immer danach geschehen mag, zunächst steht der Universität die Vernehmlassung bevor, die sie zu einer fundierten Stellungnahme nutzen sollte. Die Studentenschaft begrüsst grundsätzlich den Wunsch des Rektors nach einer gemeinsamen gesamthochschulischen Stellungnahme. Die Abschwächung »Stellungnahme mit eventuellen Minderheitsanträgen« gibt allerdings zu denken. Wer soll denn bestimmen, was Mehrheits- und was Minderheitsantrag sei? Gewiss, in der Regel ist der Senat das Gremium, durch welches Geschäfte auf dem Dienstweg zu den Oberbehörden die Universität verlassen. Bei der Vernehmlassung zum Universitätsgesetz handelt es sich nun aber nicht um ein »normales« Geschäft. Einmal wird die Stellungnahme der Universität nicht die einzige sein, die für die Formulierung des endgültigen Entwurfs

ren. Die Initiative kann mit ihren Massnahmen das Bodenproblem nicht lösen und die damit verbundenen sozialen Ungerechtigkeiten nicht ausschliessen, sie kann die Bodenspekulation nicht verhindern, aber spürbar einschränken. Sie ist nur ein erster Schritt, weitere werden folgen müssen. Letztlich muss die Bodenrente derart abgeschöpft oder besteuert werden, dass ihre Entstehung

Unterschriftenbogen sind zu erhalten bei W. Kallenberger, Hofackerstrasse 31, 8032 Zürich.

überhaupt verhindert werden kann. Dazu sind Änderungen auf Bundes- und kantonaler Ebene nach dem Modellcharakter haben.

Eine nur minimale Abschöpfung des Mehrwertes wäre nichts weiter als eine Legitimation der Spekulationsgewinne. Die Belastung kann zudem leicht abgewälzt werden. Nur eine massive Abschöpfung kann eine stabilisierende Wirkung auf die Stadt- und die Bodenpreisentwicklung haben und damit die Probleme der Abwälzung vermindern. Die Verwendung des abgeschöpften Mehrwertes für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben kommt der Mehrheit der Bevölkerung zugut.

Weil das Initiativkomitee für den öffentlichen Verkehr ist, sich aber zugleich seiner Bedeutung im Stadtentwicklungsprozess bewusst ist, ist es gegen das vorgeschlagene »Gesetz über den regionalen öffentlichen Verkehr«

eine Rolle spielt. Die Entscheidungsinstanzen sind zudem an die Willensäußerungen derer, die sich vernehmen lassen, keineswegs zwingend, sondern höchstens moralisch gebunden. Es ist also plausibel, einen anderen Weg der Weitergabe an die Behörden zu wählen, wenn dies von der Sache her sich empfiehlt.

Eigentlich muss man nicht lange nach dem universitären Organ suchen, das eine repräsentative Delegation der Meinungen der Universitätsangehörigen darstellt und deshalb geeignet ist, eine einheitliche gesamthochschulische Stellungnahme zu verfassen und weiterzuleiten: Die Assistentenschaft hat vorgeschlagen, die Hochschulreformkommission mit dieser Aufgabe zu betrauen. Der KStR schliesst sich diesem Vorschlag an.

Peter Gaupp (KStR)

Es unterstützt aber die vorgeschlagene Änderung der kantonalen Verfassung als Grundlage für ein Regionalverkehrsgesetz. Weil es für eine sozial gerechte und expansionshemmende Lösung des öffentlichen Verkehrs ist, ergreift es die Initiative für ein »Regionalverkehrsgesetz zur Förderung des öffentlichen Verkehrs ohne private Bereicherung«.

Für das Initiativkomitee: Koni Loeppfe

## Alternativen

Die Alternative zur Wirtschaftsstadt ist die wohnliche Stadt. Auf Zürich angewandt: Schluss mit der Verdrängung von Wohnraum und Schluss mit der Verstopfung der Strassen durch Privatverkehr. Daraus folgt:

1. Die Stadt soll ihr Geld statt in eine teure U-Bahn in den Wohnungsbau stecken. Damit wird gleichzeitig auch das Verkehrsproblem entschärft. Pendelverkehr ist volkswirtschaftlich und auch für jeden einzelnen nichts als vergeudete Energie. Mit allen Mitteln muss erstrebt werden, dass nicht der Pendelverkehr, sondern die räumliche Einheit von Wohn- und Arbeitsort zum Normalfall wird. – Es trifft natürlich zu, dass das heutige Bodenrecht den Wohnungsbau in der Stadt erschwert; aber Hindernisse sind da, um aus dem Weg geräumt oder zumindest abgebaut zu werden. Eine neue Bauordnung zugunsten des Wohnungsbaus dürfte immerhin schon einiges nützen.

2. Der öffentliche Verkehr müsste endlich die Priorität erhalten, von der man seit 1953 spricht. Das verlangt zum Beispiel: grüne Welle fürs Tram (statt für die Autos), Verbot des Linksabbiegens für Autos, eigene Fahrspur für den Bus etc. Wenn dann als Folge eines gut funktionierenden öffentlichen Verkehrs der Privatverkehr zusammenbrechen sollte, ist das nicht weiter tragisch. – Als zusätzliche Verbesserung des öffentlichen Verkehrs sollte der Nulltarif eingeführt werden.

3. In der Innenstadt sind Fussgängerzonen zu schaffen, Parkhäuser abzuschieben. Die Plätze sind zum Flanieren da und nicht für die Autos.

4. Die Regionalzentren sind zu fördern. Das heisst für den Kanton Zürich: Das Geld soll nicht wie bisher in die Infrastruktur Zürichs gepumpt werden, sondern für die Entwicklung von Städten wie Baden, Winterthur, Bühlach, Uster, Wetzikon etc. zur Verfügung stehen. Mit anderen Worten: Man muss diese Städte auf Kosten Zürichs attraktiver machen. Die Gefahr eines Auszugs aus Zürich besteht nicht, da diese Stadt eine sehr grosse natürliche Standortgunst hat. Die Umschichtung der Infrastrukturinvestitionen führt höchstens zu einer Dämpfung des Wachstums von Zürich, was durchaus nicht unerwünscht ist.

Koni Loeppfe  
Rolf Vieri

## »zürcher student«

Offizielles Organ der Studentenschaften der Universität Zürich, der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich und der Dolmetscherschule Zürich.

Erscheint achtmal jährlich,

Jahresabonnement Fr. 6.– auf Konto 80-35598.  
Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst, Peter Hargitay.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Schweiz; Telefon (01) 47 75 30. Postcheckkonto 80-35598.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telefon (01) 39 30 30.

Inserate: Dr. H. Ditsch, Bahnhofstrasse 37, Postfach 880, 8022 Zürich; Telefon 23 83 83.

Die im »zürcher student« erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet.

Weisst Du, dass Dich der Druck von 220 Exemplaren Deiner 100seitigen

## Dissertation

nur ca. Fr. 740.— kostet?

Als Spezialfirma auf diesem Gebiet liefern wir schnell saubere Arbeit! Auskunft und Beratung:

Foto-Druck  
**aku** Agentur ZÜRICH

Reto Florin  
Institut für Tierernährung  
an der ETH, Universitätsstr. 2,  
Tel. 32 62 11. intern 3273

SIE SIND NICHT ALLEIN – ALLEIN

Auch andere sind allein. Viele sind es jetzt nicht mehr. Sie haben uns geschrieben. Sie fanden die richtigen Kontakte. Jetzt sind sie nicht mehr allein. Jetzt sind sie glücklich.

UND SIE?

Wie einfach das auch für Sie sein kann, erfahren Sie aus unseren Unterlagen, die wir Ihnen gerne kostenlos zustellen. Schreiben Sie uns heute noch.

begegnung  
2000 Postfach 38, 3123 Belp

## Taschenbücher!!!

rororo. Fischer. Suhrkamp. dtv. Reclam. Götschen. Goldmann. Ullstein. Knauer. detebe. Hanser. Luchterhand. Geist und Psyche. Thieme. BI-HTB. Heidelberg.

## Wir haben alle.

## Uebrigens:

Wir machen immer noch Fotokopien. Für 20 Rappen.

Hier:

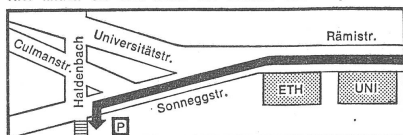


## Buchhandlung Sonnegg

Geöffnet: 8.30–12.15 und 13.00–18.30 Uhr

Paul Schibli, Sonneggstrasse 29  
Tel. 34 07 88, 8006 Zürich

Hier finden Sie uns. Keine 300 Schritte vom Poly entfernt.



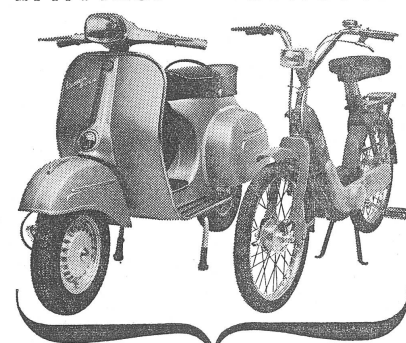
der meistverkaufte Roller der Welt

ab Fr. 1425.—



das meistverkaufte Mofa der Schweiz

ab Fr. 595.—



Beratung, Verkauf, Service:

**A. Fontana**

Sonneggstrasse 20

Tel. 47 32 58

8006 Zürich

## Wie steht es mit der Reform an der ETH?

## Am Hearing mitgehört

»Die Widerstände gegen die Reformen sind bedauerlich«, musste der Winterthurer Nationalrat und BGB-Fraktionspräsident Akeret am Ende eines Hearings feststellen, anlässlich dessen sich die Kommission für Wissenschaft und Forschung des Nationalrates über die Probleme der ETH orientieren wollte. Die Parlamentarier hatten sich vorgenommen, von zwei Studenten, einem Assistenten und vier Vertretern des »ETH-Etablissements« über die Erfahrungen mit der Uebergangsregelung orientiert zu werden. Erwartet wurde ein Bericht zur Hochschulreform sowie auch zum Stand der Vorarbeiten für das neue ETH-Gesetz.

Der Winterthurer BGB-Mann war bei weitem nicht der einzige, der seiner Enttäuschung über das Fehlen einer eigentlichen Reform an der ETH Ausdruck gab. Der Basler SP-Nationalrat Andreas Gerwig sagte es noch etwas deutlicher: »Ich bin der Ansicht, dass man jetzt etwas wagen sollte, auch wenn es sich später herausstellt, dass die Experimente nicht ganz richtig waren. Man hat bis jetzt zu wenig gewagt. Im Zweifel sollte man für das Experiment sein.« Und gleich darauf:

## Reformfasnacht

Achtzehn Nationalräte im Zimmer III des Parlamentsgebäudes drei Stunden lang durch den Dschungel einer nicht-existierenden ETH-Experimentierphase zu führen, scheint freilich eine verlockende Aufgabe. Was dabei herauskommen kann, ist so bunt zusammengebastelt wie etwa die Auffassungen, die unsere Volksvertreter je nach Schattierung von Bildung haben. Da gibt es ein ETH-Rektor ein äusserst differenziertes Urteil ab: »Die Erfahrungen mit den Reformen haben gezeigt, dass sie auf eine Senkung des Niveaus hinauslaufen, und an der gleichen Sitzung meint Kommissionspräsident Eisenring: »Es ist erstaunlich, was die Uebergangsordnung an Elastizität zulässt.« Fragt sich nur für wen. Besonders wenn der ETH-Präsident, der bekanntlich ziemlich weitgehende Kompetenzen genießt, erklärt, er habe nichts gegen Änderungen einzuwenden, aber betont: »Ich werde dort Halt gebieten, wo ich muss.« Man könnte sich fast an einen Ausspruch von Minister Dr. Jakob Burckhardt erinnern, der einmal einigen Studenten eröffnete, er sei konservativ, weil man als Autoritätsperson ja nicht das negieren könne, was einen eben zur Autoritätsperson mache.

Wahrhaftig ein erstaunliches Gemisch so eine Sitzung. Von Ueberlegung und Widersprüchen, Sinnvollem und Ungereimtem, Weitsicht und Bodenständigkeit. »Ein Abteilungsrat verlangt, dass die Schlussdiplomprüfungen dreimal wiederholt werden können. Das heisst, dass jeder, der das zweite Diplom bestanden hat, auch die Schlussdiplomprüfung bestehen wird.« Wie diese Rechnung von Rektor Marmier aufgeht, bleibt unklar. Ebenso, aufgrund welcher Logik Prof. Friedrich kurz hintereinander zuerst beteuerte, man habe Reformen nicht zurückgestellt, weil ihnen rechtliche Hindernisse im Wege ständen, dann aber befügte, jedes Experimentieren stosse sich an den Schranken der Rechtsstaatlichkeit.

Ueberraschungen – jedoch verschiedener Art – erwarten einen bei fast jedem Votum. Unvorstellbar, was der Testatzwang für einen Rektor bedeuten kann. »Die Abschaffung des Testatzwangs würde heissen, dass, wenn ein Student die ETH ohne Diplom verlässt, er an einer anderen Hochschule nicht richtig eingestuft werden kann.« Auch über das Demokratieverständnis wird man sich nie einigen können. The master's voice: »Ein Gesetzesentwurf kann wieder einem Vernehmlassungsverfahren unterzogen werden, und schliesslich sind die wirklich demokratischen (?) Verfahren die Beratungen in den Räten und eventuell (!) die Volksabstimmung« (Bundesrat Tschudi).

Nun, 18 Parlamentarier haben erahnt, dass etwas mit der »Experimentierphase« und der »Uebergangsregelung« nicht klappt. Damit genau begriffen worden wäre, wo die Ursachen der Schwierigkeiten liegen, und damit bereits konkrete Lösungen sich hätten herauschälen können, hätte es einer längeren Sitzung bedurft. Immerhin haben einige der 18 begriffen, dass es eben hapert. Ihr Bild von der ETH hat sich geklärt. So sehr sogar, dass Regierungsrat Künzi (fdp., Zürich) bedauerte, dass die Studenten nicht Vertreter »verschiedener Ideologien« abgeordnet hätten. Bundesrat Tschudi soll nach der Sitzung bemerkt haben, das Hearing sei wie ein Morgen nach der Fasnacht gewesen. Für einige vielleicht. Wie ein Morgen, wo man aus einem Rausch heraus wieder zu den Realitäten erwacht.

Pierre Freimüller

»Es ist begreiflich, dass die Studenten engagiert mitwirken, doch was nützt ihnen ein paritätisch zusammengesetzter Abteilungsrat, wenn man erwarten muss, dass der Schulrat seinen Antrag ablehnt?«

Damit hatte Gerwig auch den Nagel auf den Kopf getroffen: er deutete auf die institutionellen und nur zu menschlichen Schwierigkeiten hin, die trotz Inkrafttreten der Uebergangsregelung eine Reform der ETH bis anhin verhindern. Zuvor hatten die Studentenvertreter versucht, der Kommission einige Hintergründe dieser Schwierigkeiten klarzumachen.

## Reform als Prozess

Reform bedeutet: gewollte und kontrollierte Veränderung eines bestehenden Systems im Sinne einer Verbesserung. Reform muss Bestehendes aufheben und durch Besseres ersetzen. Dies bedingt einen gewissen Mut, den Kreis des Bestehenden zu brechen. Denn infolge der äusserst komplizierten Verflechtungen kann ein starres Festhalten an geltenden Vorstellungen in einem Bereich Reformen auch in einem anderen verhindern. Was reglementiert werden muss, ist wie und so wenig wie möglich was entschieden werden soll.

Soll die erwähnte Verflechtung nicht jede Reform verunmöglichen – zum Beispiel weil Zusammenhänge nicht einsichtig werden –, so müssen sämtliche Entscheidungswege absolut durchsichtig sein. Keinesfalls dürfen nur einige Eingeweihte die Kriterien dessen besitzen, was zulässig ist und was nicht. Zwangsjacken ersticken jede Reform.

Das einfachste Mittel, dies zu vermeiden, ist immer noch, die Entscheidungskompetenz direkt auf der Ebene anzusiedeln, wo auch die Sachkompetenz vorhanden ist. Reform als Reformprozess betrachtet (und nicht lediglich als das Resultat eines solchen Prozesses), kann nur dort durchgeführt werden, wo ein Problem überhaupt verspürt wird. Niemals kann ein Gremium an der Spitze eine »Reform fabrizieren«.

Eine Reform sollte auch darum »von unten her« stattfinden, weil dort die Belastung durch Vorurteile, traditionelle Denkschemen und etablierte Autoritätsstrukturen geringer ist. Die Reform kann nicht denjenigen überlassen werden, welche aufgrund ihrer Position dem Gegenwärtigen verpflichtet sind. Denn aus der notwendigen Fragestellung ihres Selbstverständnisses wird eine verständliche Verunsicherung folgen, welche sie gegenüber Reformen nur misstrauisch machen kann. So ist zu erwarten, dass Professoren wegen des Systems der akademischen Selbstreproduktion naturgemäss gegenüber Reformen eine eher skeptische Einstellung zeigen. Ganz allgemein ist aber ein mangelnder Wille, gegebene Regelungen zu überwinden, sich auf unbekannten Boden zu wagen, festzustellen. Dass dabei Argumente verwendet werden, wie der »gute Ruf der ETH«, der nicht kompromittiert werden dürfe, lässt die Vermutung zu, dass manchmal auch aus Bequemlichkeit oder Einstimmigkeit Reformen verhindert werden.

Aus der angenommenen Definition von Reform folgt, dass Mitbestimmung eine unabdingbare Voraussetzung dafür ist. Andernfalls würde eine Reform von den Betroffenen eben nur als neuer Zwang von oben, nicht aber als gewollte Veränderung empfunden. Insofern wird auch deutlich, dass nicht jede Veränderung zugleich auch als Reform zu bezeichnen ist (da sie unter Umständen gar nicht auf einem Reformprozess beruht). Der Wille zur Reform muss also demokratisch bekundet, deren Durchführung demokratisch überwacht und das Resultat demokratisch ausgewertet werden.

## Ultima ratio

Der Hauptakzent der Reformen sollte auf dem Inhaltlichen, nicht auf den formalen Streitigkeiten liegen. Es geht letztlich um das »Wagewort«, das man jungen Wissenschaftlern auf den Weg gibt. Es geht um die Frage, welchen

Faktoren man heute mehr Bedeutung beimisst: der Expansion um der Expansion willen oder der Erhaltung einer lebensfreundlichen Umwelt, der blinden Steigerung der Produktivität oder der Lösung der sozialen Konflikte, den Wachstumsraten in Industriestaaten oder einem Einhalt der Pauperisierung der Entwicklungsländer. Auf diesem Hintergrund ist die studentische Forderung nach Mitbestimmung, Experimenten und Reform zu sehen. Mitbestimmung nicht, um auch das Gefühl zu haben, »nun erwachsen zu sein«, Experimente nicht als Kinderspiel, Reform nicht, weil »Junge gern Neues haben«, sondern als letztes Mittel, um unsere Gesellschaft vor einem beispiellosen Chaos zu retten. Dieses eindeutig konstruktive Moment stellt schon immer und stellt noch den Leitgedanken bewusster Studenten dar. Es als »Kritik zum Selbstzweck«, destruktive Absichten oder nicht ernst zu nehmendes »Sturm-und-Drang-Gehabe« abzutun, ist nichts anderes als verleumderische Verantwortungslosigkeit.

## Keine Experimente

Es liegt auf der Hand, dass an der ETH bisher praktisch keine Reformen im erwähnten Sinn stattgefunden haben. So musste auch am Hearing ETH-Präsident Hauri zugeben: »Man kann nicht erwarten, dass in diesen wenigen Monaten (eineinhalb Jahre nach Inkrafttreten der auf fünf Jahre beschränkten Uebergangsregelung) Red's schon Experimente verwirklicht werden konnten.« Und: »In den Abteilungs-räten ist in der Tat bis heute nichts Grosses geschehen.« Man hat bisher kaum das Stadium der formalen Debatten um die Einsetzung der Abteilungs-räte überschritten, und die Abteilungen II, IIIA und VI warten heute noch auf ihr »Meinungsbildungsgremium«. Wenn auch Prof. Friedrich, Vorsitzender der Reformkommission, meint, in der Praxis werden die Abteilungen mehr zu Entscheidungen beigezogen, als es nach der Rechtsordnung scheinen würde, und behauptet, »dass die Abteilungs-räte nicht nur beratend, sondern Entscheidungsfunktion haben«, so war davon bisher nicht viel

zu bemerken. Praktisch jedesmal, wenn ein Abteilungsrat einen Entscheid treffen sollte, stiess dies entweder auf den Widerstand der Professoren oder des Schulrates, der diesem Gremium keine Entscheidungsfunktion zuerkannte.

## Ursachen

Das Experiment habe sich an den Rahmen der Gesetze zu halten, wünschte Kommissionspräsident Paul Eisenring (cvp). Damit war er auch bei der Schwierigkeit angelangt, die die Studenten als Haupthindernis zur Reform betrachteten. Liegt nämlich – wie dies heute der Fall ist – die Entscheidungskompetenz innerhalb des durch das Gesetz gesteckten Ermessungsspielraums bei denjenigen, welche dem Gegenwärtigen verpflichtet sind, so wird jede Reform verunmöglicht. Dazu kommt, dass die Schulleitung vollkommen überlastet ist, so dass sich inoffizielle Entscheidungswege herausbilden, die den formalen nicht mehr entsprechen. So wird zum Beispiel der Schulpräsident als Bauingenieur einen Chemie-Studienplan von einem »Vertrauensmann« beurteilen lassen müssen, bevor er darüber entscheiden kann. Diesem unbekannten Sachbearbeiter – in der Regel ein ETH-Professor – kommt so das gleiche Gewicht zu wie dem antragstellenden Abteilungsrat. Seine Beurteilungskriterien sind zudem uneinsichtig.

Die »Experimentierphase« stösst also auf zwei Schranken:

– die institutionelle, indem die »Uebergangsregelung« praktisch keinen Spielraum zum Experimentieren lässt (es ist zum Beispiel nicht vorgesehen, wie Reglemente, an die sich Experimente immer stossen, rasch abgeändert werden könnten);

– die menschliche, indem das Ermessen den Behörden und, wie gesehen, zum Teil den Professoren überlassen wird, denjenigen also, welche schon immer gegen die Reform waren (s. Stellung beim ETH-Referendum).

Daraus wird klar, dass die Experimentierphase nie stattgefunden hat und auch nie wird stattfinden können. Denn vorerst müsste ihr der Weg geebnet werden. PF

## Entwicklungsforschung: Solide Arbeit unerlässlich

Der im »Zürcher student« vom 8. Februar veröffentlichte Vorschlag des »Kritischen Seminars« der Handelshochschule St. Gallen zur Schaffung eines Instituts für Entwicklungsländer geht von der grundsätzlich richtigen These aus, dass die Probleme der Entwicklungsländer heute im Weltmassstab gesehen werden müssen und in den modernen Sozialwissenschaften eine zentrale Stellung einnehmen. Sodann wird die Forderung erhoben, die Handelshochschule St. Gallen möge sich eingehend mit der sozialen und wirtschaftlichen Problematik der Entwicklungsländer befassen, am besten im Rahmen eines zu schaffenden Instituts für Entwicklungsländer.

Nachdem in der letzten Nummer des »ZS« auf die an der ETH-Z bereits vorliegenden Leistungen auf dem Gebiet der Entwicklungsländer – insbesondere auf den »Interdisziplinären Nachdiplomkurs für Probleme der Entwicklungsländer« – hingewiesen wurde, mag es von Interesse sein, hier noch einige grundsätzliche Aspekte zur möglichen Gründung eines Instituts für Entwicklungsforschung anzuführen. Vielleicht können sie den Initianten des Vorstosses als Orientierungshilfe für ihr weiteres Vorgehen und evtl. auch für eine spätere Zusammenarbeit dienen.

1. Man kann heute Entwicklungsforschung ernsthaft nur dort betreiben, wo sowohl im sozialwissenschaftlichen als auch im technischen Bereich genügend Grundlagenmaterial und Fachkenntnis vorhanden sind, um eine am Objekt selbst vorzunehmende Integration dieser beiden Fachbereiche vorzunehmen. Eine soziologisierende Betrachtungsweise ohne technische Kenntnisse führt ebenso zu unbrauchbaren Resultaten wie ein sich nur auf den technischen Sachverstand stützendes Problemlösungsverfahren.

2. Fasst man die bisherigen Leistungen zusammen, die in Lehre und Forschung an der ETH-Z auf dem Gebiet der Entwicklungsländer schon heute vorliegen, dann wird offensichtlich, dass de facto – und darauf kommt es allein an – in Zürich genau die Arbeit vollbracht wird, die man durch die immer noch ausstehende Schaffung eines Schweizerischen Instituts für Entwicklungsforschung zu leisten hoffte. Niemand hatte an der ETH-Z die Absicht, in dieser Beziehung »fertige Tatsachen« zu schaffen; der Weg führt jedoch nicht von der Konstruktion institutioneller Hüllen zur Forschung und Lehre, sondern umgekehrt von der wissenschaftlichen Substanz aus zu einem Institut, wobei es nach dem jetzigen Stand der Dinge eine relativ unwichtige Frage ist, ob die vielseitigen Aktivitäten, die auf diesem

Gebiet an der ETH-Z zu verzeichnen sind (die zahlreichen Vorlesungen über Probleme der Entwicklungsländer, die ausserhalb des erwähnten Nachdiplomstudiums während der letzten fünf Semester gehalten wurden, sind hier nicht einmal erwähnt worden), in einem »Entwicklungsinstitut« zusammengefasst oder einem bestehenden Institut angegliedert werden sollen. Wichtig ist einzig, dass solide Arbeit geleistet wird.

Trotzdem wird man sich angesichts der Tatsache, dass die bereits vor sechs (!) Jahren in Lenzburg lancierte Initiative zur Schaffung eines schweizerischen Instituts für Entwicklungsforschung immer noch zu keinem konkreten Ergebnis geführt hat, ernstlich überlegen müssen, ob den an der ETH-Z in diesem Bereich betriebenen Aktivitäten in Forschung und Lehre nicht ein institutioneller Rahmen gegeben werden sollte, um so mehr, als am Institut für Wirtschaftsforschung bereits seit zwei Jahren eine Forschungsstelle für sozioökonomische Entwicklungsplanung besteht.

Die zukünftige Struktur des inter- und transnationalen Systems kann ohne eine sorgfältige Analyse der Vorgänge in den heutigen Entwicklungsländern nicht verstanden werden. Die Entwicklung dieses Systems hängt u. a. eng mit dem Transfer und dem Einsatz der verschiedenen Arten von Technologien (medium technology, new technology etc.) zusammen. Falls man sich dennoch entschliessen sollte, ein Schweizerisches Institut für Entwicklungsforschung zu schaffen, dann müsste es dort angesiedelt werden, wo technisches Wissen mit modernen Methoden der Sozialwissenschaft kombiniert werden kann; dies ist in der deutschsprachigen Schweiz dank der auf diesem Gebiet bereits bestehenden Zusammenarbeit zwischen den beiden Hochschulen zu einem hohen Grad an der ETH-Z gewährleistet.

Prof. Dr. Bruno Fritsch



## Das aktuelle Zitat

»Man stelle sich modellweise nur noch Kommunisten als Studierende vor, welche die Hochschule unfunktionieren wollen. Bei einer Drittelparität (im Abteilungsrat, Red.) wäre das Rennen für sie von Anfang an gelaufen. Eine Hochschule funktioniert nur mit hierarchischem Aufbau. Sie kann unterwandert werden, nicht von den heutigen Mitgliedern, aber unter Umständen in einem späteren Zeitpunkt.« (Prof. Albert Hau-



ser, Geschichte und Soziologie der Land- und Forstwirtschaft, an einer Sitzung der vorbereitenden Kommission für den Abteilungsrat der Abteilung VI, Auszug aus dem Protokoll.)

Ganz abgesehen davon, dass nicht einzusehen ist, wie Prof. Hauser es für möglich hält, dass in einem Gremium, wo mit einfachem Mehr entschieden wird, das Rennen für einen Drittel von Kommunisten von Anfang an gelaufen sein könnte, ist festzuhalten, mit welchen Phrasen gewisse Leute die auf fünf Jahre beschränkte »Experimentierphase« an der ETH zu verhindern suchen. Ebenso erscheint mit aller Deutlichkeit, dass eben nur Reformen, die der Ideologie der Herrschenden nicht widersprechen, toleriert werden sollen. Oder hat etwa in unserer »freien« Demokratie nicht auch ein Kommunist das Recht, zu Wort zu kommen? ZS

## Französische Betten

in allen Massen und Qualitäten,  
komplett mit Matratze

schon ab Fr. 195.—

Möbel-Gelegenheiten  
Häringstrasse 20, Tel. (01) 34 05 42



.. jetzt aber es



Choco-Drink

## So wie jetzt, geht es nicht

Ein Vorwort von Max Frisch\* (1. Teil)

Es geht – in der Schweiz wie anderswo – um unser Ueberleben in einem veränderten Zeitalter. Um ein menschenwürdiges Ueberleben. Die Probleme, die das Zeitalter stellt, sind vielgestaltig, aber sie haben eins gemeinsam: sie sind nicht nur dringlich, sondern neu von Grund auf, das heisst, sie sind nicht nach bisherigem Muster zu lösen. Sind sie überhaupt zu lösen? Erwiesen ist lediglich: sie sind innerhalb des bisherigen Profitsystems unlösbar.

Was also?

SOZIALISMUS ist für mich kein Zauberwort, so wenig wie FREISINN, was buchstäblich ein feines Wort wäre. Als Wähler, der keiner Partei angehört, ist man nicht von vornherein für oder gegen eine Partei; hingegen bin ich gegen die Katastrophe, die sich abzeichnet in unserer Landschaft und in unseren Städten und Vorstädten und Dörfern. Wem gehört eigentlich die Luft? Alle Parteien reden jetzt von Umweltschutz. Wer soll da geschüttelt werden vor wem? Ich hätte auch fragen können: Wem gehört eigentlich die Erde? Das weiss man; daher gibt es kaum einen Umweltschutz und keinesfalls eine Um-

welt-Gestaltung (was allein eine Lösung bringen könnte) ohne ein neues Bodenrecht.

So wie jetzt, geht es nicht.

Nun glauben wir ja an Demokratie, weil wir hin und wieder wählen können. Einige allerdings haben die effektive Macht im Land, ohne gewählt werden zu müssen: die Inhaber von Wirtschaft und Industrie. Menschen auch sie. Ohne Zweifel haben sie ein redliches Interesse daran, dass die Mehrheit sich wohl fühlt im Land: dass sie munter kauft und munter arbeitet, um munter kaufen zu können. Fühlt die Mehrheit sich wohl? Die fröhlichen Gesichter, die täglich in der Reklame erscheinen, sehe ich in Wirklichkeit kaum; wir leben in einer Konsum-Galeere. Nur so erhält sich die wirtschaftliche Macht der Inhaber. Die Angst, wie es denn weitergehen soll, kommt ungern zur Sprache; das eben kennzeichnet die Angst. Die Inhaber der wirtschaftlichen Macht selber, die grossen wie die kleinen, wissen es nicht; sie wissen bloss: jeder Versuch einer wirklichen Lösung unserer nationalen Probleme kostet sie ihre bisherigen Vorrechte. Und es fällt schwer, Vorrechte

aufzugeben aus Vernunft. Vorrechte sind meistens durch Revolution gefallen. Sie wissen aber genau, dass die schweizerische Arbeiterschaft nicht an Revolution denkt; nur haben sie noch immer kein anderes Steckenpferd, um die Herrlichkeit ihres Frei-sinns vorzulegen, als Antikommunismus. Schon wer ihnen auf die geschäftlichen Finger schaut, macht sich verdächtig. Das glauben sie in vollem Ernst: sie, die Inhaber der wirtschaftlichen Macht, halten Wache für uns, sie verteidigen Ruhe und Ordnung und die Schweiz.

Welche Ruhe? – Ihre Ruhe.  
Welche Ordnung? – Ihre Ordnung.  
Welche Schweiz?

\* So wie hier Max Frisch in seinem Vorwort zum «Wahlmanifest der SPS» unterstützen Intellektuelle, Schriftsteller ... (bei aller Kritik und Ablehnung, die sie Aspekten unserer Politik entgegenbringen) die SP.

Demgegenüber bemühen andere Parteien – mit mehr als fraglicher Berechtigung – Verstorbenen: Der «Republikaner» Schwarzenbach will glaubhaft machen, Gottfried Keller sei ein Vorläufer der heutigen reaktionären «Republikaner».

Die SP des Kantons Zürich sieht im Kampf gegen feststellbare reaktionäre Tendenzen eine der wich-

tigsten Verpflichtungen. Sie braucht dazu auch Ihre Unterstützung!

### TALON

Bitte einsenden an SP des Kantons Zürich, Postfach 151, 8026 Zürich

- ☐ Ich ersuche um Zustellung des «Wahlmanifests der SPS»
- ☐ Ich interessiere mich für die Mitgliedschaft in der SP
- ☐ Ich möchte der SP beitreten

Name/Vorname:

Beruf/Alter:

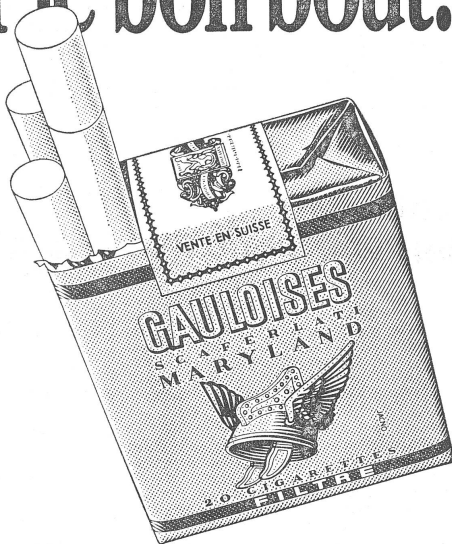
Adresse:

PLZ/Ort:



Sozialdemokratische Partei  
des Kantons Zürich

# Prenez la vie par le bon bout.



LES GAULOISES VOUS OFFRENT L'ARÔME INTÉGRAL DES  
EXCELLENTS TABACS DE FRANCE – NATUREL, DÉLECTABLE,  
PARFAIT POUR LES VRAIS CONNAISSEURS!

LT 71

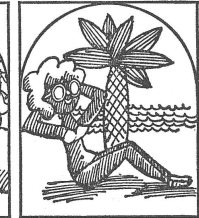
## Mit Bier kann man auf alles anstossen:



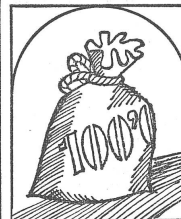
Auf ein langes Leben.



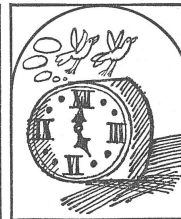
Auf das schöne  
Wetter.



Auf die Freundin in  
der Ferne.



Auf den Totogewinn.



Auf den Feierabend.



Auf das nächste Bier.

BRAUEREI A. HÜRLIMANN AG, ZÜRICH  
LÖWENBRÄU ZÜRICH AG, ZÜRICH  
BRAUEREI WÄDENSWIL, WEBER AG



APOTHEKE OBERSTRASS ZÜRICH

Dr. Peter Eichenberger-Häfliger  
Universitätsstrasse 9 Telephone (01) 47 32 30

PHARMA  
TIP:

bei der momentanen «Darmgrippe-Welle» ist zu beachten: durch Erbrechen und Durchfall verliert der Körper viel Flüssigkeit und viel Salz; zur Diät gehört daher neben den sprichwörtlichen Schwarzees und Zwieback auch Getreides: Päckli Suppe, Reis, Kartoffelstock oder Gemüse wie Rüebli oder Sellerie, während von Gebratenem oder Gegrilltem, von rohem Gemüse oder Salat und von kalten Speisen abzuraten ist.

Tea-Room »Vogelsang«

Vogelsangstrasse 10, Tel. 28 90 30

Wir empfehlen: Entrecôte, Pommes-frites, Salat Fr. 5.50  
Poulet à la Catalane, Reis Fr. 5.50

Täglich sehr preiswerte und reichhaltige Menüs

Wir freuen uns, Sie begrüßen zu dürfen

P. und M. Tibau-Betschart

10% günstiger Essen  
mit  
VOGELSANG-  
SCHECKS

## Gelegenheit für Studenten

Sie finden bei uns einen zusätzlichen Verdienst, ohne dass Sie Ihr Studium unterbrechen müssen!

Wir bieten: stundenweise Anstellung oder feste Teilzeitarbeit bei gutem Lohn als Nachtwächter. Auch dauernde Beschäftigung während der Semesterferien. Erkundigen Sie sich über alles Nähere bitte bei

**wache**  
ag

Wache AG, Lavaterstr. 44  
Tel. (01) 36 47 36



## Raumplanungskommission

# Unerwünschte Studenten und ein eigenmächtiger Erziehungsdirektor

Was geschah mit den studentischen Mitgliedern bzw. den studentischen Wahlvorschlägen?

Am 26. August 1971 beschloss der Regierungsrat, eine Kommission für die Raumplanung der Universität, genannt »Raumplanungskommission Universität«, einzusetzen. Nach Ansicht des Regierungsrates hat diese Kommission die generellen Raumprogramme und die Möglichkeiten ihrer Realisierung zu beurteilen, soweit sie nicht für die erste Etappe der Universitätsvergrößerung auf dem Strickhofareal festgelegt worden sind. Die Kommission ist ein begutachtendes und beratendes Organ der Erziehungsbehörden und des Regierungsrates. Im Zusammenhang mit der Diskussion der generellen Raumprogramme ist sie gezwungen, auch Fragen der inneren Struktur zu berücksichtigen, insofern diese die Raumbegehren und damit die Raumprogramme entscheidend beeinflussen.

Die »Raumplanungskommission Universität« ist vom Regierungsrat zu wählen und unter das Präsidium des Erziehungsdirektors gestellt. Daneben sind aus dem Regierungsrat noch der Bau- und Finanzdirektor in die Kommission delegiert. Sie umfasst folgende Mitglieder:

- Regierungsrat Dr. A. Gilgen, Erziehungsdirektor, Vorsitzender
- Regierungsrat A. Mossdorf, Finanzdirektor
- Regierungsrat A. Günthard, Bau- und Finanzdirektor
- Fürsprecher H. Scheurer, Leiter der Sektion Hochschulförderung in der Abteilung für Wissenschaft und Forschung des EDI
- Stadtrat E. Frech, Vorstand des Baurechtes II
- Ing. W. Maag, Chef der Sektion Bauten der ETH-Z
- Prof. Dr. A. Niggli, Rektor der Universität Zürich (bis zum Ablauf seiner Amtszeit als Rektor)
- Dr. A. Haefelin, Chef der Koordinationsstelle für Raumfragen der Universität
- Dr. F. Züsli, Universitätssekretär
- Prof. Dr. H. Boesch als Vertreter der Dozenten
- Prof. Dr. P. G. Waser als Vertreter der Dozenten
- Dr. phil. K. Weissaupt als Vertreter der Assistenten
- Dr. med. W. Steinebrunner als Vertreter der Assistenten
- P. Schatt, Universitätsbaumeister
- Dr. R. Seitz, Hochschulesekretär

Stellvertretende Kommissionsmitglieder:

- Prof. Dr. P. Weilenmann als Vertreter der Dozenten
- Prof. Dr. H. C. Peyer als Vertreter der Dozenten
- Dipl. phys. R. Keller als Vertreter der Assistenten

## Der KStR berichtet

Der KStR informiert an dieser Stelle regelmässig über die Geschäfte, die er behandelt. Es versteht sich, dass dabei die alltäglichen, kleinen Trübsalen, nur selten zur Sprache kommen. Schliesslich geht es ja nicht darum, dass die studentische Exekutive sich vor die Kommissionen hinstellt und sagt: »Seht, so tütichig sind wir! Die Aufgabe der KStR-Berichte sehen wir vielmehr darin, die jeweils aktuellen Probleme zum Bewusstsein zu bringen. Andererseits ist es jedem Interessierten möglich, auch weitere Informationen zu bekommen – wenn er will.

## Johnny Thompson Singers

Langston Hughes, der berühmte Gospelschriftsteller, sagte einmal über den Gospel: »Primarily, gospel singing consists in making as the Bible says, a joyful noise unto the Lord. In the process of doing this, rhythm is predominant, the kind of happy rhythm that sets the hands to clapping, feet to patting and bodies swaying.« Nun, die Johnny Thompson Singers werden am 1. Juni einiges mehr als nur »a joyful noise unto the Lord« machen. Sie werden den Gospel vortragen, der heute in den Kirchen in den schwarzen Ghettos der USA gesungen wird, und dieser Gospel ist eine der aufrechtesten und schönsten religiösen Volkskünste, die wir noch miterleben können. Und für alle, denen Spontanität, direktes Erleben, emotionale Qualitäten, rhythmische Musizierungen in der Musik etwas bedeutet, ist dieses Konzert ein »musta«.

KStR und Campus Concert

– Lic. iur. H. Schmid als Vertreter der Assistenten

– Arch. H. Furrer, Adjunkt des Universitätsbaumeisters

Am Dienstag, den 9. Mai ist die Kommission zu einer ersten Orientierungssitzung zusammengetreten, wobei eine Beobachterdelegation des KStR (H. H. Schrader und D. Rhonheimer) zugegen war, die sich allerdings nicht als Mitglieder der Kommission verstanden und dies den hohen Herren auch klar gesagt haben...

Was geschah mit den studentischen Mitgliedern bzw. den studentischen Wahlvorschlägen?

Der Regierungsrat hatte vor neun Monaten die Erziehungsdirektion beauftragt, ihr die entsprechenden Wahlvorschläge, vor allem die der Universität, zu unterbreiten. Die Vorschläge der Universität wurden von Altkurator Wehrli am 20. Dezember 1971 der Erziehungsdirektion übermittelt. Der letzte KStR hatte schon am 11. November zuhauenden des Rektorats je zwei Vertreter und Stellvertreter nominiert. Dies war allerdings ohne eine Kontaktaufnahme von GStR-Kreisen oder anderer interessierter Studenten erfolgt, und so waren die beiden Studentenvertreter Mitglieder des KStR (Felix Meisterhans und Martin Farner), ebenso die Ersatzmitglieder (Anton Fischer und Sozialreferent Niebühr).

Die Konstituierung der Raumplanungskommission und vor allem die Wahlbestätigung durch den Regierungsrat liess aus unerklärlichen Gründen auf sich warten. Als der jetzige KStR im Februar beschloss, sich dem GStR zur Wahl zu stellen, stiess er durch Protokolle und Aktien auch auf die Raumplanungskommission, von deren Existenz kaum ein Student ge-

wusst hatte und die doch von einiger Bedeutung für die Zukunft unserer Universität sein könnte. Nach unserer Wahl fassten wir den Beschluss, uns ebenfalls an dieser Kommission zu beteiligen, da uns dies als amtierendem KStR von der Sache als auch von der höchst einseitigen Vertretung durch den alten KStR her gerechtfertigt schien.

Offenbar hatte Erziehungsdirektor Gilgen nach dem Wechsel in den studentischen Gremien eine Möglichkeit gesehen, nach Universitätschliessung und Regulativ wieder einmal den harten Mann zu spielen. Mitte März wurde uns von Hochschulesekretär Seitz schon beigebracht, dass der Regierungsrat zwei so links-extreme Vertreter kaum wählen könne und wir statt dessen seinem Chef Gilgen zwei andere, gemässigte Vorschläge machen sollten.

Wir vertraten ihm gegenüber allerdings einhellig die Meinung, dass dieses Verfahren (politische Ausschaltung zweier formell rechtmässig nominierten Studentenvertreter) von uns nicht akzeptiert werden könne. Es schien uns allerdings aus den andern schon dargelegten Gründen sinnvoll, den bestehenden alten Vorschlägen aus unserer Mitte einen weiteren hinzuzufügen, nachdem der alte KStR trotz einer Absprache mit uns aus politischen Gründen nicht geneigt war, einen seiner Vorschläge zurückzuziehen.

Wir sind nun allerdings der Ansicht, dass die Raumplanungskommission eine zu wichtige Aufgabe hat, als dass die ganze zugegebenenmassen problematische Frage allein auf einen Rechtsstreit und politischen Machtkampf zwischen Behörden und Studenten reduziert werden dürfte. In Übereinstimmung mit dem Fachausschuss phil. II unterstützen wir die Kandidatur eines

# Soll das neue Disziplinarrecht verwässert werden?

Rückweisung durch die Hochschulkommission

Der Entwurf der neuen Disziplinarordnung, verfasst von einer gemischten Dreierkommission (Oberrichter Levi, Prof. Rehberg, stud. jur. Martin Killias) und von Senat und Grosse Studententräte (GStR) zu Ende des Wintersemesters 1972 übereinstimmend verabschiedet, ist auf seinem Weg durch die Oberbehörden schon bei der Hochschulkommission (HK) gescheitert. Die HK weist insbesondere darauf hin, dass der Regierungsrat nach der geltenden Rechtslage (§ 19 des zürcherischen Verwaltungsrechtspflegegesetzes) letzte Rekursinstanz in Verwaltungsstreitigkeiten sein muss. Eine Änderung dieser Rechtslage kann nur auf Gesetzesebene erfolgen. Zumindest in einer Übergangszeit ist also der Regierungsrat als letzte Instanz unvermeidbar, auch wenn dies der Leitidee der Unabhängigkeit des Disziplinarverfahrens von den politischen Behörden nicht entspricht. – Es ist demnach zu unterscheiden zwischen vorläufiger und endgültiger (gesetzlich verankerter) Regelung.

Vorläufige Regelung

Die Einbeziehung des Regierungsrates ist – wie oben dargelegt – unumgänglich. Die HK und die Mehrheit der Disziplinarrechtskommission (Levi, Rehberg), die zur Stellungnahme aufgefordert wurde, wollen die Disziplinarrekurskommission abschaffen. Der KStR und die Minderheit der Dreierkommission (Killias) wollen sie beibehalten. Die Begründungen sind folgende:

– HK, Levi, Rehberg: Wenn die Rekurskommission nicht höchste Rekursinstanz ist, lassen sich nicht fünf bedeutende Persönlichkeiten für sie finden.

– KStR, Killias: Die endgültige Regelung darf nicht präjudiziert werden, indem die Rekurskommission gestrichen wird.

– Im Hintergrund ist allerdings der Erziehungsdirektor nicht zu übersehen, dem die unabhängige Disziplinarrekurskommission ganz einfach ein Dorn im Auge ist. Unter diesem Aspekt ist auch die zweite Begründung Oberrichters Levis zu verstehen: Man müsse der Regierung nachgeben, da diese sonst das

neue Disziplinarrecht in die Schublade legen würde.

Endgültige Regelung

Es stehen zwei Möglichkeiten in der Diskussion. Erstens kann durch eine entsprechende Änderung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes die Disziplinarrekurskommission entsprechend den Intentionen des Entwurfs als letzte Rekursinstanz eingesetzt werden. Dies wünscht der KStR; deswegen will er auch während der Übergangszeit an der Rekurskommission festhalten. Zweitens kann – ebenfalls durch eine entsprechende Gesetzesänderung – das kantonale Verwaltungsgericht die Stelle des Regierungsrates als letzte Instanz einnehmen. Dieser Lösung scheint der Erziehungsdirektor zuzustimmen. Sie wird auch von der Disziplinarrechtskommission vertreten.

Beschlüsse des Senatsausschusses

Der Senatsausschuss, dem die Stellungnahmen der HK und der Dreierkommission vorlagen, hat die Disziplinarordnung am 5. Mai beraten. Sehr rasch stellte sich heraus, dass für die Beibehaltung der Rekurskommission keine Mehrheit zu finden war. Martin Killias stellte den Antrag dem Senatsausschuss die Parteistellung (Rekursrecht), die ihm nach § 20 Abs. 1 des Entwurfs zukommt, zu entziehen, mit der Begründung, diese Parteistellung sei nur möglich bei einem unabhängigen Instanzenzug. Angenommen wurde aber schliesslich ein Antrag, der das Weiterzugsrecht zwar nicht dem Senatsausschuss, aber – noch gravierender! – dem Universitätsrichter einräumt. Dies bedeutet, dass nicht nur der Angeschuldigte – wie im gewöhnlichen verwaltungsrechtlichen Verfahren –, sondern auch die Universitätsbehörden (vertreten durch den Universitätsrichter) praktizieren (insbesondere den oberen Instanzen) weiterziehen können. Nach Martin Killias widerspricht das Berufungsrecht des Universitätsrichters § 21 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes. Auf die Disziplinarrekurskommission verzichtete der Senatsausschuss mit 6 gegen 2 Stimmen (bei einigen Enthaltungen). Einstimmig wurde beschlos-

sen, die Regierung um eine Grundsatzklärung zu bitten, wonach in der endgültigen gesetzlichen Regelung das Verwaltungsgericht letzte Rekursinstanz sein solle.

9. Juni: Senat

Der Senat wird über die Änderungen am Disziplinarordnungsentwurf beschliessen. Die Wahrscheinlichkeit ist klein, dass er anders entscheiden wird als der Senatsausschuss. Mit den Änderungen, die der Senatsausschuss beschlossen hat, wäre die neue Disziplinarordnung für die Studentenschaft allerdings nicht mehr akzeptabel. Die Disziplinarrechtsreform würde recht eigentlich pervertiert. Die Machtlosigkeit des ursprünglichen Entwurfs in keiner Weise. Das Verfahren würde für den betroffenen Studenten noch ungerechter als im heute noch gültigen alten Disziplinarrecht, das von allen Seiten – ob ehrlich oder aus Opportunismus, sei dahingestellt – als überholt bezeichnet wurde.

Peter Gaupp (KStR)

## Veranstaltungen des KStR

### Vortragsreihe Friedensforschung

Konflikte unterdrücken oder lösen?

Am 10. Mai sprach A. Künzli aus Basel, siehe dazu den Bericht. Am Donnerstag, 25. Mai, wird Major G. Däniker das Thema voraussichtlich vom militärisch-strategischen Standpunkt aus behandeln, am 7. Juni kommt Verena Ritter, Mitglied des Schweizerischen Friedensrats, und am 21. oder 22. Juni J. Galtung von der Universität Oslo. Zum Abschluss der Reihe wird es voraussichtlich ein Podiumsgespräch geben.

### Dialektische Sozialpsychologie

Für den 10. Juli ist ein Vortrag von Prof. H. Kilian zu einem Thema aus der dialektischen Sozialpsychologie (»Politik und Neurose«) geplant. Bei diesem Anlass bietet sich Gelegenheit, H. Kilian kennenzulernen, mit dem der KStR auf das Wintersemester hin vielleicht eine Lehrveranstaltung organisieren wird.



## Unigesetz : Tag X

zs. Die Hochschulkommission hat Mitte Mai über den Entwurf zum neuen Unigesetz beraten. Die Mitglieder des Erziehungsrates werden Ende Mai in dieser Sache zusammenkommen. Sollten die Differenzen in einer Sitzung bereinigt werden können, ist mit dem Beginn des Vernehmlassungsverfahrens und mit der Veröffentlichung Anfang Juni zu rechnen.

Bei der Erziehungsdirektion war nichts Materielles zum neuen Unigesetz zu erfahren. Dies ist an und für sich nicht ungewöhnlich, zum ersten wird im Vernehmlassungsverfahren Gelegenheit zur öffentlichen Diskussion gegeben, zum andern möchte der Erziehungsdirektor nicht Abänderungsvorschläge zum Beispiel der Hochschulkommission oder der Mitglieder des Erziehungsrates in der Öffentlichkeit gegeneinander ausgespielt sehen. – Man darf sich aber doch fragen, ob angesichts des ausserordentlich starken studentischen Interesses nicht eine Darstellung des Entscheidungsprozesses der Behörden angezeigt gewesen wäre, zumal dies eine günstige – auch für die Regierung – Diskussionsbasis abgegeben hätte. Der »zs« wird in der nächsten Nummer ausführlich über das neue Unigesetz berichten. Th. G. R.

## Aus dem Senatsausschuss

Die Gewährung der Bestimmung für die bisher wie die studentischen Delegierten bloss mitratsberechtigten drei bzw. zwei Vertreter der Assistenten in Senat und Senatsausschuss lag bereits im Wintersemester vor dem Senat. Nachdem er sich mit 52 gegen 50 Stimmen dafür ausgesprochen hatte, beschloss er nach einigen Konfusionen, das Geschäft zu verschieben. Die Assistenten sprachen von Manipulation, schickten sich dann aber in die Verschiebung, da sie offenbar die Aussichtslosigkeit eines Rekurses gegen das Vorgehen des Senats einsahen. Der Senatsausschuss scheint auch in der neuen Zusammensetzung dem Anliegen der Assistenten wohlgesinnt; jedenfalls beschloss er, seine bejahende 8:3-Empfehlung vom letzten Semester aufrecht zu erhalten. Dennoch dürften am 9. Juni im Senat noch einige ablehnende Voten fallen.

## Universitäre Planungskommission

Dazu lagen dem Senatsausschuss Expertenberichte und Anträge der Professoren Weilenmann, Häfelin und Labhart sowie die Gegenanträge der Hochschulkommission vor. Im wesentlichen ist der Senatsausschuss der Meinung der HRK gefolgt.

Ueber die inneruniversitäre Planungsorganisation wird später ausführlicher zu berichten sein.

Peter Gaupp (KStR)

For African Student's Union Meeting send your address and phone number to:

Tous les étudiants africains sont priés de s'adresser à:

Gbena, Freudenbergstrasse 146, 8044 Zürich, Tel. 26 38 06.

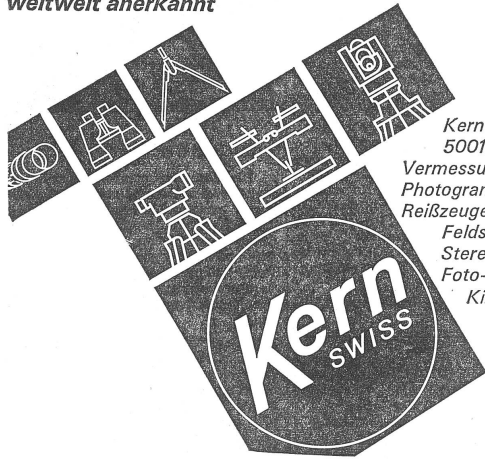
Wir haben Platz für Sie: Bei uns können Sie stundenlang stöbern.

Hans Huber Buchhandlung für Medizin und Psychologie Zürich

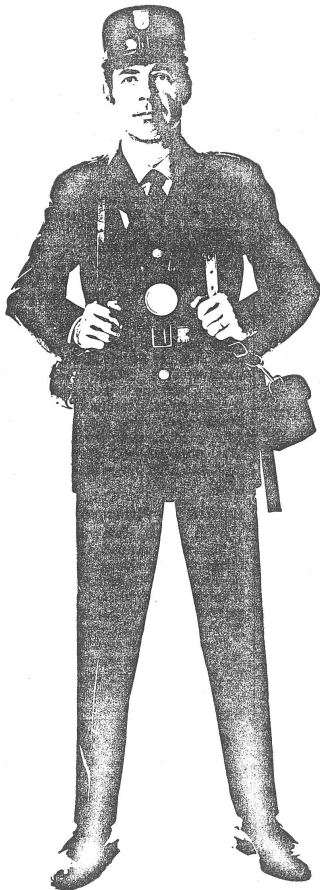
Regierungsrat weiterziehen können. Nach Martin Killias widerspricht das Berufungsrecht des Universitätsrichters § 21 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes. Auf die Disziplinarrekurskommission verzichtete der Senatsausschuss mit 6 gegen 2 Stimmen (bei einigen Enthaltungen). Einstimmig wurde beschlos-

Regierungsrat weiterziehen können. Nach Martin Killias widerspricht das Berufungsrecht des Universitätsrichters § 21 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes. Auf die Disziplinarrekurskommission verzichtete der Senatsausschuss mit 6 gegen 2 Stimmen (bei einigen Enthaltungen). Einstimmig wurde beschlos-

**Kern-Instrumente seit 1819  
weltweit anerkannt**



**Kern & Co. AG**  
5001 Aarau  
Vermessungsinstrumente  
Photogrammetrische Instrumente  
Reißezeuge  
Feldstecher, Fernrohre  
Stereo-Mikroskope  
Foto- und  
Kinoobjektive



**STUDENTEN  
arbeiten als**

**SECURITAS-  
WÄCHTER**

Einsatzmöglichkeiten:

- Nebenbeschäftigung im stundenweisen Einsatz an Veranstaltungen aller Art.
- Nebenbeschäftigung während einzelner Nächte über längere Zeit.
- Vollbeschäftigung als Nachtwächter während mindestens vier Wochen.
- Kurzfristige Vollbeschäftigung im Ordnungs- und Kontrolldienst an Ausstellungen.

Unser Personalchef orientiert Sie gerne über unsere Anstellungsbedingungen.

**SECURITAS AG**  
Schweizerische Bewachungs-  
gesellschaft  
Filiale Zürich  
Militärstrasse 24  
8021 Zürich, Tel. 39 33 11

#### **Zelte, Camping**

Beratung und Verkauf von Zelten und Campingartikeln. Permanente Zeltausstellung! Alte Zelte werden an Zahlung genommen. Vermietung.

#### **Bergsport**

Schuhe, Hosen, Jacken, Seile, Pickel, Steigeisen, Schlafsäcke usw. in grosser Auswahl. Ein Tip: Letztjährige Schuhe zu stark reduzierten Preisen.

#### **Tennis**

Spezialisten beraten Sie gerne. Schöne Auswahl auch in Tennisbekleidung. Bespannen von sämtlichen Rackets innert Tagesfrist.

#### **Tischtennis**

Tischtennis-Tische und Zubehör in grosser Auswahl.

Parkplatz vor dem Hause.

Täglich durchgehend geöffnet von 8.00 bis 18.30 und Donnerstag bis 21.00 Uhr.

**STADI-SPORT**

ZOLLSTR. 42 8005 ZÜRICH TEL. 051/44 95 14

## Die sportliche Taucheruhr für sportliche Leute!

BETINA die Schweizer Qualitätssuhr!

### Taucheruhr für Damen

17 Rubis, Gehäuse verchromt, Stahlboden, mit Kalender, blaues Zifferblatt, Leuchtpunkte, grosser Sekundenzeiger, garantiert 100% wasserdicht bis 5 Atmosphären

statt 62,-  
nur 52,- mit 8% in Marken  
= netto  
**47.85**



### Taucheruhr für Herren

17 Rubis, Gehäuse und Boden aus rostfreiem Stahl, mit Kalender, schwarzes Zifferblatt, Leuchtpunkte, grosser Sekundenzeiger, garantiert 100% wasserdicht bis 20 Atmosphären

statt 65,- nur 55,- mit 8% in Marken  
= netto  
**50.60**

Unsere Verkaufsstellen:

ST. ANNAHOF Stadt und Oerlikon  
LVZ-BAHNHOFBRÜCKE

sowie die  
LVZ-Selbstbedienungsläden:

Albisstrasse 109  
Badenerstrasse 244  
Grosswiesenstrasse 149  
Gutstrasse 159  
Höschgasse 45  
Konrad-Ilg-Strasse 4  
Lindenplatz  
Milchbuckstrasse 5  
Nordbrücke  
Schweighofstrasse 226  
Wehntalerstrasse 549  
Winterthurerstrasse 537

Bassersdorf  
Klotenerstrasse 26 - Bülach  
City - Glattbrugg  
Schaffhauserstrasse 124 - Niederglatt  
Grafschaftsstrasse - Rümlang  
Oberdorfstrasse - Schlieren  
Zürcherstrasse 20 - Thalwil  
Florastrasse - Uster  
Zürichstrasse - Wallisellen  
Neugutstrasse 1



LEBENSMITTELVEREIN ZÜRICH



# Buchbesprechungen

## Münchhausiade

Die Bezeichnung »Texte« steht heutzutage gleichermassen für Prosa und Lyrik – Lyrik auch für Wort- und Sprachspiele. Jürg Acklin »Xalias« (Jürg Acklin: »Xalias. Ein Text. Flamberg-Verlag) ist weder Erzählung noch Roman: es ist ein Text.

Mit der Syntax springt er um; wandelt ab, jongliert, spielt. Und es entsteht eine abgehackte, auch eine hässliche, jedenfalls eine harte Sprache. Das formal Aeusserer vermag Acklin aber mit dem inneren Text zu verbinden: der innere Text erfordert offensichtlich das formal Aeusserere!

»Xalias« ist schwierig nachzuerzählen. Es dreht sich um die ewige Konflikt-situation der Generationen. Es geht auch um das Sichfinden, Sichbestimmen, Sicherwerden.

Der Grossvater meint, er sei Münchhausen. Grossvater weiss, er ist Münchhausen. Der Enkel versteht den Grossvater, denn er meint, er sei James

Dinge zu beeinflussen vermag. Aber »Gott ist ein Künstler, der nicht liebt, was er schuf«. Das steht später auf der Tür von Turi Babler geschrieben, als er tot ist. Und dann erschlägt der Kellner den Gast Robert, der sein Bruder ist: der Brudermord schliesst den Kreis. (Es war einmal: Kain und Abel...) In dessen sitzt Irma, die Märchentante, auf den Knien des Chefs und lässt sich mit Spargeln füttern.

In der »Märchentante« (Jürg Feder-spiel: Die Märchentante. Reihe Roter Schnitt. Piper-Verlag) klingt etwas von Endspiel-Stimmung nach, zugegeben; aber ein Vergleich mit Beckett ist eben nur ein Vergleich. Ich meine: Federspiels »Märchentante« ist eines der schönsten und besten epischen Werke der letzten Jahre.

## Mörder Tell

Peter Bichsel sagt: »Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass die alten Eidgenossen idealere Gestalten waren

scheint mir wichtig; mit einer Präzision, wie man sich selbst zu zerstören pflegt, zerisst Frisch den Mythos Tell: all das Heroische, Glorreiche, Mythische blättert nach und nach ab. Schliesslich steht ein gewöhnlicher Mensch vor uns. Ein muffiger Kauz.

## Veranstaltungen des KStR

### Mimisches

Franz Josef Bogner wird am 23. Juni sein neues Stück »Das arabische System« und anderes vorführen.

### Gospel

Gemeinsam mit einem Kommilitonen wird der KStR am 1. Juni ein Gospel-Konzert der »Johnny Thompson Singers« in der Mensa veranstalten (siehe dazu zS-Artikel).

Ein blöder Rebell. Ein Harlekin. (Ja führe die Geschichte weiter, Tell gleiche einerseits immer mehr einem Simplizissimus – andererseits einem Homo Faber...) Formal muss mindestens eines be-mängelt werden: Frisch durchsetzt seinen Text mit Fussnoten, Fussnoten... Oswald Sigg rechnete im Januar »neutralität« nach: seitenmässig steht ein Verhältnis von 1:1, zeilenmässig aber 2:1 – also ein schiefes Verhältnis! (Die wissenschaftliche Absicht in Ehren; doch manchmal wirken sie geradezu störend, überflüssig.) Wenn Frisch schon die genaue Kenntnis des Stoffes voraussetzt, dann sollte er nicht noch die bisweilen sehr schöne Nacherzählung mit Aufforderungen zum Umlären zerhacken. Es wäre doch bestimmt auch anders zu lösen gewesen. Oder nicht, Herr Frisch? Andreas Bellasi

\* Max Frisch: Wilhelm Tell für die Schule. Suhrkamp Taschenbuch 3

Peter Bichsel: Des Schweizers Schweiz. Arche Nova. Arche-Verlag.

als mein Nachbar und ich« – Max Frisch vollzieht auch das Gegenteil »... dass die Habsburger böse Ge-stalten waren als mein Nachbar und ich«. Tatsächlich geht Frisch noch eine Schritt weiter: Tell handelt aus einem persönlichen Rachemotiv – er wird zum Meuchelmörder!

Schiller beschenkte uns vor rund 170 Jahren mit einem Tell, der Mythos geworden ist. Aus der Chronik des Aegidius Tschudi verfasste er ein klassisches Schauspiel, worin der freiheitlichen Natur-Urzustand durch die »schöne Seele« Tell wiederhergestellt wird. Schiller schrieb aus Distanz. Frisch ist Schweizer – dieser Umstand er-

## »Wie sonst nach Worten suchte ich nach einem Bild...«

Handke hat – wie er selber sagte – die Erfahrung mit der Syntax gemacht. Jetzt bewältigt er diese Erfahrung. Er arbeitet nicht mehr ausschliesslich grammatikalisch: in seinem Buch expliziert er die Lust an den Geschichten. Insofern ist es nicht mehr Schreiben in der Sprache, als vielmehr Schreiben mit der Sprache.

Die Sentenz »Wie sonst nach Worten suchte ich nach einem Bild, das mich zu mir selber bringen würde« erscheint mir daher entscheidend. Es sind immer wieder Bilder, die er uns zeigt. Trotzdem schaut man nicht nur hin, man lauscht auch. (»Wieder sah ich das Bild, als ob ich zugleich lauschte«) Und manchmal kommt's mir im »Kurzen

Brief zum langen Abschied« vor, als geschähe alles in einer Luftblase, die über den Erdboden hüpfte. (»... und ich entfernte mich; entfernte mich«)

Zeit: Frühjahr 1971

Ort: Die Vereinigten Staaten: Providence – Philadelphia – Donora – St. Louis – Denver – Tucson – Salt Lake City – Estacada – Twin Rocks – Bel Air/California. Handlung: wickelt er einen kurzen Abschiedsbrief seiner Geliebten Judith. Darauf folgt eine Suche nach und eine Flucht vor dieser Frau. Bisweilen reflektiert er – »mich«: »Wir waren oft zusammen, und trennten uns wieder, ohne einander fremd zu sein, aber auch ohne einander zu beanspruchen.«

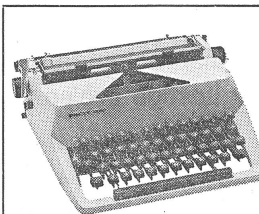
»Der kurze Brief zum langen Abschied« ist das Ende einer Liebesgeschichte, ein Erlebnisbericht und ein Entwicklungsroman. Handke greift – nicht zufällig! – ständig zum »Grünen Heinrich« und zitiert »Anton Reiser« – von Karl Philipp Moritz.

In einem Gespräch (TV »Perspektiven« vom 30. März 1972) erhärtete Handke das Persönliche in seinem Buch. Schaffroth versuchte das zum Beispiel auf Versatzstücke des Kitsches hinzuweisen. Handke antwortete etwa so: Er glaube halt nicht, dass ihm der Kitsch seinen sei, denn die Sätze an sich seien kein Kitsch. Schaffroth meinte dann wiederum, das Buch müte wie ein Altersroman an, den man postum veröffentlichte. Handke entgegnete: Es seien halt Erlebnisse, die er nun bewältigt habe, die jetzt postum seien, tief unter der Erde... vergraben.

Aehnlich klingt es in der letzten »Szene« des Romans. Judith erzählt dem greisen John Ford ihre Geschichte: Wie sie nach Amerika gekommen waren, wie er sie und sie ihn verfolgt habe, wie sie ihn schliesslich erbaute und umbringen wollte. Und wie sie nun endlich bereit wären, friedlich auseinanderzugehen. John Ford lachte und fragte, ob denn das alles wahr und nicht erfunden sei. Und Judith sagte: »Ja, das ist alles passiert.«

Zugegeben, ich war nie ein begeisterter Handke-Leser, seine »Sachen« waren mir »halt« oft zu theoretisch und deshalb mühsam zu lesen. »Der kurze Brief zum langen Abschied« aber ist in wunderschönen, klaren Dimensionen komponiert, und bestimmt als reine Absicht ist es zu deuten, dass der Einzelne hier so bedeutend, die Gesellschaft hingegen beiläufig, unwichtig, beinahe inexistent geworden ist.

\* Peter Handke: Der kurze Brief zum langen Abschied. Suhrkamp-Verlag.



## Die ideale Portable...

... die FACIT 1620, weil sie Ihnen den gleichen Komfort wie eine grosse Büro-Schreibmaschine bietet! Schöne Schriften. Eleganter Tragkoffer.

Erhältlich durch die »Zentralstelle der Studentenschaft« und durch die SAB.



FACIT-  
VERTRIEB AG  
Löwenstrasse 11  
8001 Zürich  
Tel. 01/27 58 14

Verkauf auch durch die Fachgeschäfte

# KULTUR

Bond. Er weiss, er ist James Bond. Und der Vater (des einen oder der Sohn des andern) begreift beide nicht; schämt sich seines Vaters, schämt sich seines Sohnes, denn er hat sich angepasst.

James Bond bewaffnet sich – für den Notfall... (falls die andern meinen sollten, er meine nur, er sei James Bond). Auch der Schweizer bewaffnet sich – für den Notfall... (falls die andern meinen sollten, er meine nur, er sei vom Wehrwillen durchdrungen).

Hier wird »Xalias« deshalb doppelt transparent: die Sprache lässt das tatsächliche Handeln durchschimmern: das System an sich wird entlarvt. In moderner Prosa verpackt, wird die scheinbare Münchhausiade zur gezielten, daher unangenehmen Kritik.

## Pflänzchen im Wald

Sie vegetieren in Blätterwald wie selten anzutreffende Pflänzchen: die Literaturzeitschriften. Denn: weil sich die meisten der Herren Feuilletonchefs seit je aufs Bestelleranrühche beschränken, bleibt eine grosse Zahl halb-kanter-anerkannter und völlig unbekannter Autoren. Und die haben es ohnehin schwer, zur Druckerschwarze vorzustossen. Literaturzeitschriften erfüllen also eine wichtige Aufgabe. Darum ist's nur recht und billig, auf sie besonders hinzuweisen.

Im März ist die erste selbständige Nummer des »drehpunkts« erschienen, nachdem er während zweier Jahre als literarische Beilage die »neutralität« ergänzte. Der Neuanfang ist vielversprechend. Bekannte Namen wie Walter Vogt, Kurt Marti oder Adolf Muschg tauchen wieder auf. Und einige Unbekannte debütieren: Guido Bachmann, Kurt Badertscher und andere.

»drehpunkt« will Rezensionen und Aufsätze zu kulturpolitischen Vorgängen veröffentlichen. Und neue Gedichte und natürlich neue Texte vorstellen. Diesmal findet sich zum Beispiel ein Essay über Georg Weerth, dem »ersten sozialistischen Schriftsteller« ((1822–1856), mit einigen Proben früher politischer Lyrik. Und eben neue Texte und neue Gedichte.

»drehpunkt« bezieht man durch die Lenos-Presse, 4002 Basel. Gleichzeitig sei aber auch auf drei weitere Periodika hingewiesen, die sich für junge Autoren, für neue Literatur einsetzen: »Manuskripte« (Berghof 4, 8700 Küssnacht); »Poesie« (Hr. Aboutille bei »National-Zeitung«, Basel) und »Sanduhr« (Sanduhr-Press, 3000 Bern 12).

## Es war einmal

Zur Geschichte: die Geschichte der Märchentante Irma: »Es war einmal...« ... eine Kneipe. Ein Kellner, der sich aus Simenons Kriminalromanen Lebenshilfe holt; ein Gast: Robert; eine Hure: Monalisa; Turi Babler, der Mann mit der Türe; die Märchentante Irma, die man vom Radio her kennt. – Dies ist ein Kriminalroman der Genesis: Schauplatz ist eine Kneipe, wo sich die letzten paar Menschen versammeln – steht im Klappentext. Nach der Lektüre stimmt man dieser Formulierung zu.

Federspiel ist Pessimist, das war schon aus seinem letzten Buch »Museum des Hasses« herauszuhören. Jetzt spiegelt sich der Untergang in der Schöpfung wider: Es war einmal... Federspiels Rechnung ergibt genau den 15. Mai 1984! Schliesslich ist da auch ein Chef, der scheinbar den Lauf der

# »A la découverte de van Gogh«

Parler de découverte peut sembler à priori un peu exagéré, mais il est indéniable que l'Exposition sur van Gogh présentée à L'Orangerie (Paris) permet pour une grande majorité d'entre nous de revivre l'aventure extraordinaire de cet autodidacte, fils de pasteur.

## Les débuts

Né le 30 mars 1853 à Groot-Zundert, il faisait déjà, à dix ans, des croquis, d'après des illustrations parues dans les revues. Ses oncles qui travaillaient dans le commerce d'art, essayèrent de l'intéresser, sans succès, dans ce domaine, en l'envoyant dans différentes succursales: La Haye, Londres et Paris. C'est dans cette dernière ville que Vincent s'éveille véritablement à l'art et à la littérature, mais aussi il se découvre

une vocation humanitaire qui le conduira à prêcher la bonne parole comme aide-évangéliste dans le Borinage belge. C'est un échec, rejeté par tous, il devient une sorte de vagabond qui trouvera son refuge dans la peinture. Vincent se lance alors à corps perdu dans cette ultime passion, et il fréquentera les académies à Bruxelles, La Haye, Anvers. Un des ses premiers grands tableaux, »Les mangeurs de pommes de terre«, est marqué par un réalisme rude et sombre, mais aussi par une préoccupation humanitaire: »J'ai voulu, tout en travaillant, faire en sorte qu'on ait l'idée que ces petites gens, qui, à la clarté de leur lampe, mangent leurs pommes de terre en puisant à même le plat avec les mains, ont eux-mêmes bûché la terre où les patates ont poussé; ce tableau, donc, évoque le travail manuel et suggère que ces paysans ont honnêtement mérité de manger ce qu'ils mangent.«

De retour à Paris, il fait la connaissance des peintres impressionnistes comme Pissarro, Degas, Gauguin, Signac. Travaillant pendant une courte période à l'atelier Cormon, il se lie d'amitié avec Toulouse-Lautrec et Emile Bernard. Le contact avec les impressionnistes finit par éclaircir complètement sa palette, bien qu'il ne suive pas leurs méthodes. Il découvre aussi les estampes japonaises et en fera quelques-unes lui-même.

## Le Midi

Escadé par la grande ville et regrettant la campagne, il quitte Paris pour Arles où il espère retrouver une lumière aussi pure que celle de l'Orient. Il a 35 ans, et c'est la révélation fantastique, étourdissante des couleurs et de la lumière. Il fait alors chanter avec vigoureuse intensité les couleurs qui s'offrent à ses yeux, ainsi à propos du tableau intitulé »Les oliviers au sol rouge«, il écrira: »... Les oliviers sont pour caractéristiques et je lutte pour attraper cela. C'est de l'argent tantôt vert,

bronzé, blanchissant sur un terrain jaune, rose, violacé ou orangé, jusqu'à l'ocre rouge sourde. Mais fort difficile, fort difficile. Mais cela me va et m'attire de travailler en plein dans de l'or ou de l'argent.« Ivre de lumière, mais aussi de privation, Vincent essaye de sortir de l'immense solitude qui l'entoure et invite Gauguin dans sa fameuse »maison jaune«. Gauguin restera deux mois, son séjour se terminera à l'oreille d'un coupé est né dans un climat de démené et de passion. En 1889, Vincent se fait hospitaliser volontairement dans une maison de santé de Saint-Rémy. En 1890, après une tentative de suicide, il meurt le 29 juillet.

## L'exposition

Ainsi pendant les dix années de sa vie peintre, Vincent van Gogh a fait quelques 800 dessins et autant de peintures. Pour lui, peindre c'était libérer son esprit, raffermir sa puissance créatrice, mais en même temps montrer conformément à sa vision personnelle et grâce à la maîtrise artistique acquise la beauté du quotidien. L'exposition comprend environ 112 peintures plus un certain nombre de dessins et de lettres de Vincent ayant des rapports avec les œuvres exposées et permettant de mieux en comprendre le sens et la portée. Cet ensemble nous montre également la place prépondérante que Théo, son frère cadet, a occupé dans sa vie. Ces lettres, en effet, sont extraites d'une longue correspondance entre les deux frères. Aux toiles de Vincent van Gogh, il y a encore deux tableaux de Gauguin »L'Autoportrait« et »Le portrait de Vincent peignant des tournesols« peint en 1888, dont van Gogh devait dire avec une certaine amertume: »C'est bien moi, mais moi devenu fou.«

Cette collection de l'ingénieur van Gogh, petit-neveu de Vincent, quittera la France en avril pour aller s'installer définitivement Musée van Gogh à Amsterdam. M. T.

## Serenade

### auf Schloss Kyburg

Freitag, den 9. Juni 1972, 20.15 Uhr  
(bei schlechter Witterung Verschiebung auf den 16. oder 23. Juli; Auskunft über Tel. 169 ab 18 Uhr)

## Winterthurer Streichquartett

Mozart: Divertimento in F-Dur, KV 138

Dvorak: Terzetto für Violinen und Viola, op. 74

Mendelssohn: Streichquartett in a-Moll, op. 13

Vorverkauf: Zentralstelle der Studentenschaft, Jecklin & Co., Verkehrs-Büro Winterthur

Preise: Sitzplatz (unnummeriert) 6.60  
mit Legi Fr. 4.40  
Stehplatz Fr. 2.20

Busverbindung: 19.20 Uhr ab Bahnhof Winterthur (Archplatz, beim Rest. Volkshaus)

Die Serenadenkommission

## Die grösste Fachbuchhandlung für Naturwissenschaft und Technik in der Schweiz

Wir führen jetzt auch

## Sprachlern-Kassetten

in vielen Sprachen für Anfänger und Fortgeschrittene

## Mit Legi!

## Freihofer AG

Buchhandlung für Wissenschaft und Technik  
8006 Zürich, Universitätstr. 11  
Telefon 47 08 33/32 24 07

## Ansprechende Auswahl

**günstige Preise** finden Studenten in unseren Gastbetrieben

|                       |                                        |
|-----------------------|----------------------------------------|
| Mensa der Universität | Künstnergasse 10                       |
| Unibar                | Universitätsgebäude                    |
| Erfrischungsraum      | Institutsgebäude Freiestr. 36          |
| Erfrischungsraum      | Zahnärztliches Institut                |
| Erfrischungsraum      | Med. vet. Institut im Kant. Tierspital |
| Karl der Grosse       | Kirchgasse 14 (auch 1. Stock)          |
| Olivbaum              | Stadelhoferstr. 10 (auch 1. Stock)     |
| Frohsinn              | am Hottingerplatz (auch 1. Stock)      |

Zürcher Frauenverein für alkoholfreie Wirtschaften

Seriöser Freundschafts-Club sucht Damen und Herren als

## Kontakter

zu Clubmitgliedern in Zürich und Umgebung.

Guter Nebenverdienst für Personen, die Umgang und Gespräche mit Menschen schätzen.

Detaillierte Auskunft erhalten Sie durch Chiffre 86-944, Schweizer Annoncen ASSA, Postfach, 6002 Luzern.



**FREIHOFFER**  
Buchhandlung  
für  
Medizin

Rämistrasse 37  
Zürich 1

Tel. 47 92 22

## Semesterferien!

Was tun Sie während dieser Zeit?

**Etwas verdienen und doch tagsüber frei sein,  
um die Badesaison zu genießen?**

Wir suchen für einige Wochen eine **Zweiergruppe** (wenn möglich Ehepaar) für unseren Dienstleistungsbetrieb. Schweizer oder Ausländer mit Niederlassungsbewilligung und eigenem PW. Arbeitszeit: Frühmorgens ca. 02.00 bis 07.00 Uhr. - Wohnort: Stadt Zürich oder nähere Umgebung: Fixer Lohn und Auto-Entschädigung. Es wollen sich nur zuverlässige Leute mit Sinn für Teamwork melden.

Ihre Bewerbung erreicht uns unter Chiffre 101 an die Inseratenverwaltung Dr. H. Dütsch, Postfach 880, 8022 Zürich.

**Der ZS: mutig - unentwegt - unerbittlich  
— trotzdem sachlich**

Unser Spezialgebiet ist

## Evangelische Theologie

Sie finden uns in nächster Nähe an der

**Schiffplände 24, Tel. 32 09 70, und an der**

**Badenerstrasse 69, Tel. 39 81 55**

**CVB Buch + Druck**

Ihr Brillenspezialist  
für Augenoptik  
+ Kontaktlinsen



Welcho-Optik

Welchogasse 4  
8050 Zürich  
Telefon 051/464044

gewährt Studenten

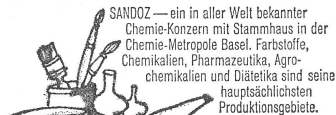
**20% Rabatt**

auf Brillen

**10% Rabatt**

auf Sonnenbrillen,  
Feldstecher, Fernrohre,  
Höhenmesser, Lupen  
und Kompass

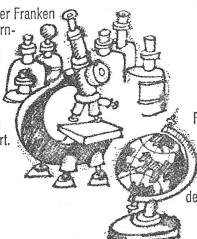
**KONTAKTLINSEN**  
Studentenpreis  
Fr. 380.- netto



# SANDOZ

SANDOZ beschäftigt 31 000 Personen.  
Davon arbeiten 8500 im Hauptsitz Basel.

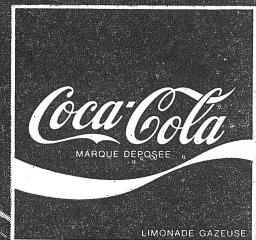
Auf 2751 Millionen Schweizer Franken belief sich der Konzernumsatz im Jahr 1970.  
In der Forschung wurden 247 Millionen Schweizer Franken angelegt.  
Die gleiche Summe wurde in neue Anlagen investiert.



Rund um den Erdball spannt sich ein Netz von 90 Tochtergesellschaften und Verkaufsstützpunkten — kein Wunder, dass man den Namen SANDOZ weltweit kennt.

**SANDOZ**  
SANDOZ AG BASEL

# frischwärts





# Zur »Aktuellen Hochschule«

Immer wieder wird uns die Frage gestellt: »Was bedeutet eigentlich »Aktuelle Hochschule«?« Es ist zwar in der Regel bekannt, dass das Konzept der Aktuellen Hochschule zu den Zentralanliegen des Studenten-Rings gehört, aber über die Einzelheiten bestehen weiterhin Unklarheiten. Da dieses Programm aber als sehr

brauchbarer Beitrag zur Hochschulreformdiskussion anerkannt worden ist, sei hier eine Zusammenfassung gegeben, so dass jedermann sich in kurzer Zeit über diesen Problemkreis orientieren kann. Genauere Angaben finden sich im entsprechenden Kapitel der Broschüre »Was will der Studenten-Ring«.

## Die Ausgangslage

Das Konzept der Aktuellen Hochschule geht von der – recht trivialen – Erkenntnis aus, dass die Krise der Hochschulen nicht auf einen einzigen Grund zurückgeführt werden kann: Es interferieren verschiedene, z.T. voneinander unabhängige Problemfelder, so dass die vielerlei Krise der Hochschulen sich wegen ihrer Komplexität für den einzelnen oftmals in nicht genau definierter Weise als allgemeine »Unlust am Betrieb« ausdrückt. Zu dieser generalisierten Unlust trägt auch bei, dass ausseruniversitäre Probleme – politischer und weltanschaulicher Art – die Situation nochmals verunklaren.

## Die Problemkreise

Je nach der persönlichen Ausgangslage erscheinen den Angehörigen der Hochschule verschiedene Eigenarten des bestehenden Universitätsbetriebes als besondere Mängel. Verbreitet ist unter vielen Studenten der Wunsch, in der Universität weniger mit Faktenwissen als mit Methodenkenntnissen ausgestattet zu werden; die Diskussion darüber ist uralte und eben dennoch nie zu einem gültigen Ende gebracht. Dies ist der erste Problemkreis, der zur Unlust und damit zur Oberflächlichkeit führt. Ein zweiter Problemkreis bildet sich aus dem Unbehagen mancher Studenten, welchen der Universitätsbetrieb »weltfremd« vorkommt. Dieser Ausdruck ist altmodisch; heute heisst das (genauer): Der gesellschaftliche Bezug mancher Wissenschaft fehlt weitgehend. Nicht jeder Student interessiert sich für diese Frage, und wer sich auch dafür interessiert, kann dennoch nicht (allein schon aus arbeitsökonomischen Gründen) jeden seiner Gedanken gleich in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang einordnen. Dennoch ist die Frage wichtig und verdient alle Aufmerksamkeit.

Teilweise mit dem eben Gesagten hängt das Erschrecken über die atomisierende Ueberspezialisierung der Wissenschaften zusammen. Das ist ein dritter Problemkreis, von wem noch grösserer Wichtigkeit als die zwei schon genannten. Ein Beispiel: »Umweltschutz« ist eine abgegriffene Vokabel, und dennoch demonstriert sie ein Prinzip von viel grösserer Allgemeingültigkeit, als dies die konkreten Umstände vielleicht glauben machen: Es handelt sich nicht nur darum, dass Bierbüchsen nicht vermodern; die Umweltkrise ist ein Beispiel dafür, dass die Gesamtheit der Wissenschaften – gesamtgesellschaftlich, als ein System betrachtet – schon heute deutlich unteroptimal arbeitet. Tatsächlich ist man ja durch keine überraschenden Entdeckungen in einzelnen Wissenschaften auf die Umweltkrise aufmerksam geworden: Jede Einzelwissenschaft konnte schon vor Jahren in ihrem jeweiligen »Kompetenzbereich« unheilvolle Entwicklungen entdecken, aber es fehlte das Einheitsbewusstsein von der Wissenschaft als Gesamtsystem, und die Erkenntnisse der Einzelwissenschaften blieben daher so lange vereinzelt, bis der jäh erworbene Gesamtüberblick heute recht unfreundliche Aspekte angenommen hat. Freilich: Die gesamtgesellschaftliche Unteroptimalität der Wissenschaft zählt sich aus in grösseren unmittelbaren einzelwissenschaftlichen Erträgen (und in Prestige): Wer

seine Arbeitskraft auf seinem einzigen Spezialgebiet einsetzen kann, wird dort vermutlich schneller avancieren als der andere, der einen Teil seiner Arbeitskapazität dafür aufwendet, seine Spezialkenntnisse sinnvoll in einen grösseren Zusammenhang einzuordnen (nicht bloss vage weltanschaulich, sondern seriös, wissenschaftlich). Dass diese einzelwissenschaftlichen Spitzenerträge dann gelegentlich irrelevant werden, wenn die Zivilisation gleich als Gesamtes in Abfall u. dgl. zerbröckelt, ist allerdings die selbstverständliche Schlussfolgerung. Praktiziert wird die Schlussfolgerung nicht; die Aktuelle Hochschule soll zumindest den institutionellen Rahmen schaffen, in dem dies möglich ist. Die Notwendigkeit ist damit wohl erwiesen, das Einheitsbewusstsein der Wissenschaft institutionell zu fördern; die Methode folgt unten.

Ein grundsätzlich ausseruniversitäres Problem – der vierte Problemkreis – ist das Unbehagen oder die Besorgnis über den Zustand der Demokratie: Für hilf-

- Parallelführung von fachgebundener und projektgebundener Lehre und Forschung
- Einführung von Projektperioden.

Richtig zusammengesetzt ergibt sich das Prinzip der Aktuellen Hochschule: Während an der Universität der normale, fachgebundene Lehr- und Forschungsbetrieb den Studenten weiterhin die Grundausbildung liefert, wird parallel dazu während jeweils einer (mehrere Semester dauernden) Projektperiode von wem möglich allen an der Universität beteiligten wissenschaftlichen Disziplinen ein gemeinsames Problem bearbeitet: gesamtdisziplinäre Grossforschung. Diese gemeinsame Bearbeitung kann aber nur ergebnisreich – ergebnisreich in bezug auf alle oben genannten Probleme –, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind: Das Problem muss selbst zur gesamtdisziplinären Bearbeitung in diesem Rahmen geeignet sein, und die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Disziplinen muss organisatorisch verbindlich geregelt sein. Für beide Bedingungen will die Aktuelle

## Themenvorschläge

1. Das Problem der »Entwicklung« in der Dritten Welt (Welche Entwicklung soll eigentlich gefördert werden? Ist eine Zivilisation und Technik nach europäisch-amerikanischem Muster wirklich anzustreben? Welche anderen Leitbilder sollten eventuell unserer »Entwicklungspolitik« zugrunde gelegt werden? Und wie soll man zu einem so definierten Ziel gelangen?)

2. Die Einheit der Wissenschaft (Das Problem der Spezialisierung, Gemeinsamkeiten und Unterschiede der einzelwissenschaftlichen Fragestellungen und Methoden. Bildung neuer und Verschwinden alter Wissenschaften. Möglichkeiten verbinden der Wissenschaften wie z.B. Philosophie, Mathematik, Informations-theorie, Kybernetik)

3. Die Kommunikationstheorie in den Wissenschaften (Spezielle Untersuchung einer integrierenden Wissenschaft auch in Gebieten der Geisteswissenschaften)

4. Die Bedeutung Ostasiens für den Westen (Politische, wirtschaftliche, bevölkerungsmässige Bedeutung; Sprachen und Denkwesen; Philosophien und Religionen; alte Wissenschaften, die bei uns wenig bekannt sind, oder neue Methoden in uns geläufigen Wissenschaften; Psychologie der verschiedenen Völker)

5. Die Bedeutung Ostasiens für den Westen (Politische, wirtschaftliche, bevölkerungsmässige Bedeutung; Sprachen und Denkwesen; Philosophien und Religionen; alte Wissenschaften, die bei uns wenig bekannt sind, oder neue Methoden in uns geläufigen Wissenschaften; Psychologie der verschiedenen Völker)

6. Die Bedeutung Ostasiens für den Westen (Politische, wirtschaftliche, bevölkerungsmässige Bedeutung; Sprachen und Denkwesen; Philosophien und Religionen; alte Wissenschaften, die bei uns wenig bekannt sind, oder neue Methoden in uns geläufigen Wissenschaften; Psychologie der verschiedenen Völker)

## Die Organisation

Die Suche nach »geeigneten« Fragestellungen hat sich an den skizzierten Problemkreisen zu orientieren, wenn die Aktuelle Hochschule eine Antwort auf diese Fragen sein soll. Demgemäss werden es Fragestellungen sein, die von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung sind (»gesellschaftlicher Bezug der Wissenschaft«), so kompliziert sind, dass sie bloss auf gesamtdisziplinärer Basis mit Aussicht auf Erfolg erforscht werden können, und die überdies wichtig und drängend sind (»aktuelle Hochschule«). Wie einige dieser Themen aussehen könnten, ist im Kapitel »Wer nimmt teil?« angegeben; allein diese paar Beispiele werden zeigen, dass es offensichtlich eine ganze Reihe von Fragen der Gesellschaft gibt, die alle die genannten Bedingungen über die »Eignung« erfüllen.

Das Finden weiterer Fragestellungen kann nun auf zwei Arten erfolgen:

Einerseits beschäftigt sich der Staat von Amtes wegen mit Problemen von gesamtgesellschaftlicher Wichtigkeit, die zudem drängend und kompliziert sein können. Der Staat soll daher gemäss dem Konzept der Aktuellen Hochschule solche Probleme als Gesamtkomplex den Universitäten zur Analyse, zur Erarbeitung von Planungsgrundlagen, zur Formulierung von Lösungsvorschlägen übergeben. Die Entscheidung über zu treffende Massnahmen fällt natürlich weiterhin in den entsprechenden politischen Gremien; die Einschaltung der Universität macht die Gefahr der Expertokratie sogar sehr viel geringer als die Benutzung von – im Ausland geläufigen – staatlichen Beratungsstäben dafür. Solche werden auch in der Schweiz nötig werden, aber sie sollten nicht das Monopol auf die Erarbeitung von Grundlagen für politische Entscheide haben, da sie in ihrem Funktionieren kaum kontrollierbar sind (im Gegensatz zu den Universitäten).

Andererseits kann die staatliche Administration bloss die schon deutlich erkennbaren Probleme der Gesellschaft bearbeiten (oder eben zur Unterstützung an die Universitäten geben). Gerade das Beispiel der Umweltkrise zeigt uns aber, dass die auf lange Sicht bedrohlichsten Probleme bloss durch koordinierte Bemühungen Dutzender von Wissenschaften überhaupt erst er-

kannt werden können – ein wissenschaftlicher Aufwand, den man von der Regierung selbst wirklich nicht erwarten kann. Die Aufgabe, sich erst abzeichnende Probleme gesamtgesellschaftlicher Bedeutung frühzeitig aufzuspielen, ist daher ein ganz wesentlicher Teil der Arbeit, die im Rahmen der Aktuellen Hochschule geleistet werden soll. Dementsprechend sollen spezielle universitätsinterne Organe gebildet werden, welche sich ausschliesslich der Aufgabe widmen, die Gesamtkoordination der Universität vorläufig im Hinblick auf die Problem-suche (noch nicht Problemlösung!) zu organisieren. Es sollen daher permanente »Problemräte«, besser: Projekträte, geschaffen werden, deren Zusammensetzung sehr flexibel gehandhabt werden könnte, um sie genau dem Zweck, nämlich hoher fachlicher Kompetenz über die ganze Skala universitärer Disziplinen, anzupassen; das heisst, dass auch ausseruniversitäre Sachverständige einbezogen werden könnten. Grob gesprochen würde es sich bei den Projekträten um eine Art von inner-universitären Wissenschaftsrat handeln.

Nach der Problemsuche muss dann natürlich ein Entscheid getroffen werden: Welches Problem soll das Thema der nächsten Projektperiode sein? Da es sich hier um einen Entscheid handelt, der einen Teil der Universität auf mehrere Semester hinaus auf ein bestimmtes Thema festlegt, müsste dieser Entscheid vom selben Gremium getroffen werden, das für die Errichtung von neuen Instituten zuständig ist, das, mit anderen Worten, eine entsprechend grosse Entscheidungskompetenz hat.

Nach dem Entscheid über das jetzt konkret zu bearbeitende Thema beginnt die Arbeit erst recht: Nicht nur bei der Problemsuche, vielmehr natürlich bei der Problembearbeitung ist die gesamte Universität einzuschalten. Wie erwähnt: Die bisherigen Lehrbetriebs- und Forschungsformen würden nicht verdrängt, sondern als die eine Säule der Hochschule weiterhin zentrale Lasten tragen (Grundausbildung, Hochschulausbildung). Die zweite Säule dann, die projektgebundene Lehre und Forschung, müsste aber ebenfalls eigene Organe erhalten; es sind dies

- 1) Forschungsseminarien
- 2) eine universitätsinterne Forschungszeitung.

Die Forschungsseminarien werden von benachbarten Disziplinen beschickt, um so die Nahkoordination zu leisten. In ihnen wird die eigentliche wissenschaftliche Leistung erbracht, indem hier die Untersuchungen von einzelnen oder von Gruppen, die zum Gesamtergebnis beitragen werden, durchgeführt werden. Auch die Gesamtkoordination der Aktuellen Hochschule müsste eine eigene organisatorische Form erhalten: Ein Projektdirektor (oder eher mehrere) müsste sich vollständig dieser Aufgabe widmen; ihm muss ein Projektssekretariat (ein eigentliches Dekanat) zugeordnet werden, und er muss die notwendigen Kommunikationsmittel zur Verfügung haben: Eine universitätsinterne Forschungszeitung würde ausschliesslich dafür eingesetzt, durch den Abdruck von einzelnen Zwischenresultaten den Teilnehmern an der Aktuellen Hochschule über die Nahkoordination hinaus den Zusammenhang zum Ganzen zu vermitteln. Plenarsitzungen usw. könnten vom Projektdirektor nach Bedarf organisiert werden; diese Einzelheiten können sinnvoll nicht von vornherein festgelegt werden.

## Wer nimmt teil?

In der Regel sollen aus jeder wissenschaftlichen Disziplin wenigstens einige Dozenten und Studenten teilnehmen. Naheliegenderweise werden besonders Studenten, welche die Grundausbildung schon hinter sich haben, im Namen der Aktuellen Hochschule mitarbeiten. Die Voraussetzung für die Mitarbeit einer genügenden Zahl von Studenten ist natürlich, dass die im Rahmen der Aktuellen Hochschule geschriebenen Arbeiten als Seminar-, Semester-, Diplom-, Lizentiats-, Doktor- oder Habilitationsarbeiten anerkannt werden können. So wird kein Student aus »arbeitsökonomischen« Ueberlegungen heraus sich gehindert sehen, im Rahmen der Aktuellen Hochschule mitzuarbeiten. Von den Dozenten muss natürlich ein vergleichbarer zeitlicher Einsatz erwartet werden können. Er wird leichter erhältlich sein, wenn man die an der Aktuellen Hochschule jeweiligen teilnehmenden Dozenten von ihrer normalen Lehrverpflichtung teilweise befreit (richtiger: wenn man einen Teil dieser Verpflichtungen auf die Aktuelle Hochschule »umschreibt«).

## Das Ergebnis

Der Ertrag einer Projektperiode der Aktuellen Hochschule wird in zwei For-



men erscheinen: einerseits in der Summe individueller Erkenntnisse, zweitens in einem Schlussbericht.

Erstens wird eine Erweiterung des wissenschaftlichen Horizontes jedes einzelnen Teilnehmers bewirkt. Dass sich aber diese individuelle Horizont-erweiterung in der Gemeinschaft der Wissenschaften zu einer gesamtwissenschaftlich höchst wichtigen Ueberblickskompetenz verdichtet, wurde erwähnt, damit wird ja der dritte Problemkreis (überspezialisierte Wissenschaft) erfasst. Weiterhin erfasst ist aber auch der erste Problemkreis: Die Vorteile des forschenden Lernens zahlen sich für jeden einzelnen Teilnehmer aus, da er jetzt, unter der Leitung von ausgewiesenen Fachleuten, die Methoden der jeweiligen Wissenschaften besser kennenlernen kann, als dies in Vorlesungen über Forschungsmethodik je möglich wäre.

Aber auch die andern Problemkreise seien hier erwähnt: Sie werden von der zweiten Form des Ergebnisses einer Projektperiode umfasst: Die Universität wird am Ende einer Projektperiode einen Gesamtbericht an Regierung, Parlament und Volk vorlegen. Damit wäre die heutzutage tatsächlich manchmal etwas ernervende Realitätsferne der Universität korrigiert; die Universität muss klare, wenn möglich entscheidungsreife und eben realistische Ergebnisse vorweisen können. Und nicht zuletzt würden diese Gesamtgutachten oder Schlussberichte die erwähnten Entscheidungsgrundlagen für Regierung, Parlament und Volk liefern, womit ein dringend nötiger Beitrag zur Verwissenschaftlichung der Politik und zur »Verwesentlichung« der Demokratie geleistet wäre. Die Form der Berichterstattung soll sich natürlich nach dem Zielpublikum richten; die sehr viel aktivere Mitarbeit der Universität in den Massenmedien sowie die – schon jetzt zu erwägende – Herausgabe einer populärwissenschaftlichen Forschungszeitschrift für das breitere Publikum (»wissenschaftliches Boulevardblatt«) könnten den kontinuierlichen Kontakt zur Bevölkerung herstellen, während Regierung und Parlament mit dem gesamten Schlussbericht beglückt würden.

## Zusammenfassung

Wir haben angeführt, aus welchen Elementen sich unserer Meinung nach die Hochschulekrise zusammensetzt. Wir haben festgestellt, dass recht verschiedene Probleme dabei zusammenwirken. Sie können aber mit Aussicht auf Erfolg parallel angegangen werden, wenn die Universität, in Ausübung ihres gesellschaftlich-wissenschaftlichen Mandates, parallel zum fachgebundenen Lehr- und Forschungsbetrieb, in genau organisierter Form projektgebundene Lehre und Forschung mit gesamtgesellschaftlich relevanter Thematik betreibt.

Studenten-Ring

**Verlangen Sie**  
den Stellenanzeiger des Bundes mit den vielen interessanten Angeboten.

**Die Stelle**

Für eine Probenummer schreiben oder telefonieren Sie uns!

EIDG. PERSONALMT  
Stellennachweis  
3003 Bern Telefon 031/6155 95





# Blutspendewoche der Zürcher Hochschulen

Montag, 5., bis Freitag, 9. Juni 1972

Ort: Turnhalle C der Kantonsschule, Rämistrasse 80

Spendezeiten: täglich 10.00 bis 14.00  
16.00 bis 19.00

Wir zählen auf **jeden** Studenten!

Nach vollbrachter Tat wird ein Imbiss serviert.



# spende Blut



**Gesucht:**



## Rette Leben

Durch einen winzig kleinen Eingriff am Körper, durch seine Blutspende, kann man einem Mitmenschen in der Not wirksam beistehen, ihm sogar das Leben retten.

35 000 Verkehrsverunfälle pro Jahr, Herz- und Gefäßoperationen, Austauschtransfusionen bei Rhesuskindern erfordern riesige Mengen Blut, in der Schweiz alle zwei Minuten eine Flasche für eine lebensrettende Transfusion.

Diesen hohen Ansprüchen vermögen die 3% der Bevölkerung, die sich heute als regelmässige Spender zur Verfügung stellen, in keiner Weise zu genügen. Für Katastrophenfälle oder Krieg sind die Blutreserven der Schweiz völlig unzureichend; kaum ein Fünftel der Bevölkerung könnte im Notfall versorgt werden: Die Vorräte müssen dringend ergänzt werden!

Deshalb wird auch dieses Jahr wieder eine Blutspendeaktion durchgeführt, und zwar im Rahmen einer »Blutspendeuniversiade« an allen Hochschulen der Schweiz. Alle Mitglieder der Hochschulen, Dozenten, Studenten und das Personal sind eingeladen, ihren unspektakulären, aber sehr wertvollen Beitrag zu leisten. Die Entnahme ist praktisch schmerzlos und benötigt wenig Zeit.

**Auch Du könntest eines Tages auf eine Spende angewiesen sein!**

Offizielle Eröffnung am Montag, dem 5. Juni, um 11.00 Uhr in der Eingangshalle des Universitäts-Hauptgebäudes durch »Guggenmusik« und Ansprachen von Prof. Töndury und Stadtpräsident Dr. S. Widmer. Anschliessend werden sich Vertreter der Dozenten- und Studentenschaft als erste Spender zur Verfügung stellen.